Stadt Dübendorf

Gemeinderat

Sitzung vom **07. Juli 2025**

29. Sitzung des Gemeinderates (Doppelsitzung)

Datum, Zeit	Montag, 7. Juli 2025, 19:00 Uhr bis 22:02 Uhr
Ort	Obere Mühle, Oberdorfstrasse 15, 8600 Dübendorf
Vorsitz	Roger Gallati (FDP), Gemeinderatspräsident Amtsjahr 2024/2025 (bis 7.1) Christian Meyer (glp/GEU), Gemeinderatspräsident Amtsjahr 2025/2026 (ab 7.2)
Anwesend	36 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Daniel Griesser (SVP), Bruno Eggenberger (Die Mitte/EVP), Reto Heeb (Die Mitte/EVP), Tanja Boesch (die Mitte/EVP)
Protokoll	Friederike Häfeli, Gemeinderatssekretärin
Stimmenzählende	Christian Gross (SP) Marco Lang (Die Mitte/EVP) Sarah Steiner (SVP)

Stadt Dübendorf

Gemeinderat

Sitzung vom **07. Juli 2025**

Traktanden

1. Mitteilungen

2. Protokollgenehmigung der 28. Sitzung vom 7. April 2025

3. Jahresrechnung 2024 / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 10/2025

4. Geschäftsbericht 2024 / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 11/2025

5. Postulat von Patrick Walder (SVP) und 10 Mitunterzeichnende "Leistungsüberprüfung" (als Motion eingereicht) / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 150/2019

6. Ersatzwahl eines KSG-Mitglieds für Rafa Tajouri (FDP)
GR Geschäft Nr. 18/2025

7. Wahl Ratsbüro 2025/2026

7.1. Wahl Gemeinderatspräsidentin oder Gemeinderatspräsident 2025/2026
GR Geschäft Nr. 14/2025

7.2. Wahl 1. Vizepräsidentin oder Vizepräsident 2025/2026
GR Geschäft Nr. 15/2025

7.3. Wahl 2. Vizepräsidentin oder Vizepräsident 2025/2026
GR Geschäft Nr. 16/2025

7.4. Wahl drei Stimmenzählende 2025/2026
GR Geschäft Nr. 17/2025

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) begrüsst zur 29. Sitzung des Gemeinderates in der Legislaturperiode 2022-2026.

Die Einladung zur heutigen Sitzung mit der Traktandenliste ist gemäss Artikel 46 von der Geschäftsordnung vom Gemeinderat rechtzeitig verschickt und im Glattaler als amtliches

Publikationsorgan veröffentlicht worden. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestanden. Da zur Traktandenliste keine Änderungsanträge gestellt werden, gilt diese als genehmigt.
Für die heutige Sitzung haben sich Daniel Griesser (SVP), Bruno Eggenberger (Die Mitte/EVP), Reto Heeb (Die Mitte/EVP) und Tanja Boesch (die Mitte/EVP) entschuldigt. Es sind somit 36 Gemeinderatsmitglieder anwesend. Vom Stadtrat hat sich Adrian Ineichen (FDP) abgemeldet.

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) freut sich, heute ein neues Ratsmitglied begrüssen zu dürfen. Sofia van Moorsel (SP) ist für Alexandra Freuler (SP) auf den 1. Mai 2025 in den Rat nachgerückt. Wie üblich bittet der Ratspräsident Sofia van Moorsel (SP), sich dem Gemeinderat kurz vorzustellen.

Sofia van Moorsel (SP)
"Guten Abend miteinander. Ich freue mich sehr, dass ich jetzt erst einmal dabei sein darf an einer Gemeinderatssitzung und mich kurz vorstellen darf. Ich bin aufgewachsen in Wald im Zürcher Oberland und habe auch die Kantonsschule Wetzikon besucht. Dann habe ich viele Jahre lang während meines Studiums in der Stadt Zürich gewohnt und bin dann nach einem Auslandaufenthalt in Kanada mitten in der Pandemie 2020 nach Dübendorf umgezogen. Meine beiden Kinder haben dann hier in Dübendorf ihre schulische Laufbahn gestartet und sind jetzt im zweiten Kindergarten beziehungsweise in der dritten Klasse. Das heisst, in wenigen Wochen steht der Übertritt in die nächste höhere Stufe bevor, was ein aufregender Moment ist.
Beide Kinder sind auch im Hort und darum bin ich persönlich interessiert und es ist mir ein Anliegen, dass Dübendorf ein ausgebautes, bezahlbares Betreuungsangebot für alle hat sowie auch eine qualitativ hochstehende Schule, so wie das jetzt der Fall ist – zumindest kann ich das zu unserer Schuleinheit sagen – dass das weiterhin so bleibt für alle. Als geschiedene, getrennterziehende und vollzeitarbeitende Mutter weiss ich aus persönlicher Erfahrung, wie wichtig es ist, dass die Schule und die Betreuung, dass das zusammen funktioniert und reibungslos abläuft. Natürlich bin ich auch eine Verfechterin der Tagesschule und hoffe, dass diese bald wieder auf das politische Parkett kommt. Beruflich bin ich Biologin, genau gesagt Ökologin und Biodiversitätsexpertin. Ich forsche seit über 10 Jahren zu diesem Thema mehrheitlich an der Uni Zürich mit kurzen Abstechern an die ETH und an die Eawag während meines Masters und nach Kanada, Montréal an der McGill University während eines Postdocs.
Im Moment erforsche ich mit einer kleinen Forschungsgruppe an der Universität Zürich mit Experimenten, wie die Rotbuche mit Trockenheit klarkommt. Der Naturschutz, die nachhaltige Landwirtschaft, gesunde Wälder und natürlich auch der Kampf gegen den Klimawandel sind mir darum natürlich beruflich besonders wichtig. Es ist mir aber sehr wichtig, dass wir da immer eine faktenbasierte und wissenschaftlich fundierte Diskussion führen und keine ideologische. In meiner Freizeit findet man mich momentan sehr viel in der Badi, mit und ohne Kinder. Es ist schön, wie ich langsam immer mehr Leute kenne, nach fünf Jahren in Dübendorf in der Badi und wie man sich dort so trifft. Während des ganzen Jahres, auch im Winter, sieht man mich auf allen möglichen Feldwegen und Waldwegen und entlang der Glatt auf meinen Joggingrunden. Deshalb ist auch der GP Dübendorf eines meiner persönlichen Highlights in der Stadt.
Für jemanden wie mich, der gerne draussen ist und gerne Natur hat und das Grüne, schätze ich das natürlich sehr, was Dübendorf zu bieten hat und es ist mir ein Anliegen, das weiterhin zu fördern. Ich bin so ziemlich direkt der SP Dübendorf beigetreten, als ich nach Dübendorf gezügelt bin vor fünf Jahren, habe aber dann aufgrund des Alters meiner Kinder, nicht die Kapazitäten gehabt, mich gross zu engagieren. Ich bin jetzt aber umso froher, dass ich das jetzt kann, dass ich nachrücken konnte und ich bin natürlich sehr motiviert, in der Wahl im Frühling den Platz behalten zu können, um dann die Arbeit in der nächsten Legislatur weiterzuführen. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit meiner Fraktion, der SP und natürlich auch mit allen Ratsmitgliedern und hoffe, dass es immer

wieder gemeinsame Anstrengungen gibt, Dübendorf bewusst und aktiv so zu gestalten, dass es ein lebenswerter Ort ist für alle."

Ratspräsident Roger Gallati (FDP) bedankt sich bei Sofia van Moorsel (SP) und wünscht ihr eine interessante Amtszeit.

Anschliessend möchte der Ratspräsident Kurt Wirz gedenken. Kurt Wirz ist bereits am 18. Mai 2025 verstorben, er wäre im Dezember 90 Jahre alt geworden. Kurt Wirz ist vielen von uns bekannt Dank seinem damaligen Haushaltwarengeschäft an der Wilstrasse, aber auch als begnadeter Jazz-Pianist. Kurt Wirz war Mitglied in der Partei Freie Einwohner und Bürger und war seit seiner Wahl im Februar 1974 und somit seit Beginn der Einführung des Gemeindeparlaments in Dübendorf bis zu seinem ersten Rücktritt 1983 im Gemeinderat Dübendorf. Nach einer kurzen Unterbrechung kehrte er im Februar 1990 zurück in den Rat und beendete seine Gemeinderatstätigkeit im April 2001. Im Amtsjahr 1982/1983 war er 2. Vizepräsident sowie im Amtsjahr 1983/1984 bis zu seinem Rücktritt im August 1983 1. Vizepräsident des Gemeinderats.
Er wirkte zudem viele Jahre in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission mit. Von 1974 bis 1982 war er ununterbrochen Mitglied in der GRPK und dann bei seinem erneuten Eintritt in den Gemeinderat im März 1990 auch wieder Mitglied in der GRPK. 1994 war er sogar ein gutes Jahr GRPK-Präsident bis zu seinem Rücktritt aus der Kommission 1995. Nach einer kurzen Unterbrechung wurde er 1998 erneut vom Gemeinderat in die GRPK gewählt. Im April 2001 beendete er dann endgültig seine eindrückliche, politische Arbeit in Dübendorf. Der Trauerfamilie, insbesondere seiner Ehefrau Ruth Wirz-Vogler spricht Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) das herzliche Beileid des Gemeinderates und des Stadtrates aus und wünscht in dieser Zeit des Abschiednehmens viel Kraft und Zuversicht. Kurt Wirz war ein unvergessener Dübendorfer, der das politische, gewerbliche und auch das kulturelle Leben in unserer Stadt mitgeprägt hat. Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) bittet die Anwesenden darum, sich für eine Schweigeminute zu erheben und dem ehemaligen Ratskollegen zu gedenken.

Alle Anwesenden erheben sich für eine Schweigeminute.

Der Ratspräsident informiert über die vom Stadtrat neu überwiesenen Geschäfte und beantworteten Vorstösse.

Der Stadtrat hat seit der letzten Sitzung dem Gemeinderat folgendes Sachgeschäft überwiesen:

- Umgang mit Schmierereien im öffentlichen Raum Bewilligung Bruttokredit ab 2026
- Ersatz Lichtsystem im Haus C im Alters- und Spitexzentrum Dübendorf; Bewilligung Bruttokredit von Fr. 437'624.50

Diese Geschäfte werden von der GRPK vorberaten.

Neu eingereicht worden sind seit der letzten Sitzung folgende Vorstösse:

- Einzelinitiative von Nicole Kundert "Stopp den Knallkörpern"
- Schriftliche Anfrage von Remo Stadler (Die Mitte/EVP) zum Einsatz von Microsoft 365 in der Stadtverwaltung
- Schriftliche Anfrage von Tanja Boesch (Die Mitte/EVP) zu den vorgesehenen Änderungen bei der Pensionskasse Dübendorf
- Schriftliche Anfrage von David Siems (Grüne) zu Finanzhilfen für Blatten über die Ausgabenkompetenz des Stadtrates
- Motion von Orlando Wyss (SVP) "Wiederherstellung Tempo 50 im Stadtzentrum"

Die schriftlichen Anfragen sind an den Stadtrat zur Beantwortung überwiesen worden.
Über die formelle Gültigkeit der Einzelinitiative wurde an der vorletzten Bürositzung entschieden. Die Einzelinitiative ist für die nächste Gemeinderatssitzung im September vorgesehen. Über die Gültigkeit der Motion entscheidet das Büro GR in seiner nächsten Sitzung nach der Sommerpause im August.

Die Antworten vom Stadtrat sind auf folgende politische Vorstösse beim Ratsbüro eingegangen:

- Postulat von Patrick Walder (SVP) und 10 Mitunterzeichnenden betreffend "Leistungsüberprüfung".
- Postulat Thomas Maier (glp/GEU) und 18 Mitunterzeichnende "Auslegeordnung zu einer möglichen Einheitsgemeinde mit der Sekundarschule"
- Schriftliche Anfrage von Remo Stadler (Die Mitte/EVP) zum Einsatz von Microsoft 365 in der Stadtverwaltung

Das Postulat von Patrick Walder ist für die heutige Sitzung traktandiert. Das Postulat von Thomas Maier ist für die nächste Sitzung vorgesehen. Die schriftliche Anfrage ist mit der Beantwortung durch den Stadtrat erledigt.

Fraktionserklärungen

Patrick Walder (SVP)

"Am 18. Mai fand die Abstimmung zur Umsetzungsvorlage „Mitbestimmen bei Temporeduktionen“ statt.
Diese wurde mit 60.14 % bei einer für Dübendorf nicht schlechten Stimmbeteiligung von 33 % angenommen.
Der Abstimmungskampf war für Dübendorf wahrscheinlich einmalig. Warum, werde ich nun kurz erläutern:
Bis heute werden wir uns nicht einig sein und das Gesetz gibt darüber keine eindeutige Antwort, was mit der Vorlage passiert wäre, wenn der Gemeinderat diese abgelehnt hätte. Wäre Sie einfach versenkt worden und das Volk hätte nichts mehr dazu zu sagen gehabt? Unwahrscheinlich.
Wäre es zu einer Rückweisung an den Stadtrat gekommen? Möglich.
Wäre es mit einer negativen Abstimmungsempfehlung des Gemeinderats zur Abstimmung gekommen? Höchst wahrscheinlich.
Für zukünftige Umsetzungsvorlagen mit Gemeindeordnungs-Charakter muss dies unbedingt geklärt sein. Es darf nicht sein, dass über den Ablauf in der Abstimmungsbroschüre eventuell falsche Fakten publiziert werden.
Weiter beschäftigt uns Parteien die Frage, was ist fair und was ist unfair. Auch hier werden wir uns nicht einig werden.
In Dübendorf kennen wir das Gentlemen-Agreement, dass im Gemeinderat nur anders gestimmt wird als in der Kommission, wenn neue Tatsachen auftauchen. Gilt dies nur für die Kommissionen oder auch für das Verhalten im Parlament? Ist es fair gegenüber den anderen Fraktionen und der Bevölkerung, wenn Parlamentarier gegen Ihr eigenes Stimmverhalten öffentlich auftreten?
Dass Parteien und Fraktion unterschiedliche Meinungen haben können, ist selbstverständlich möglich, aber sollten sich dann die Parlamentarier nicht zurückhalten?
Weiter müssen wir überprüfen, wer wie bei Umsetzungsvorlagen in der Abstimmungsbroschüre zu Wort kommt. Gemäss Abklärungen ist vorgesehen, dass die Initianten nicht mehr zu Wort kommen, aber wäre es dann nicht angebracht, dass Befürworter die befürwortende Stellungnahme abgeben und nicht Gegner der Vorlage?
Muss nicht das Ziel sein, dass in der Abstimmungsbroschüre die verschiedenen Meinungen zum Ausdruck kommen?

Und abschliessend ist zu hinterfragen, wie die Verwaltung sich vor einer Abstimmung öffentlich äussern soll. Wenn eine Redaktion eine Stellungnahme einer Verwaltungseinheit zu einem Hauptargument der Gegner oder der Befürworter einfordert, wie ist diese, wenn überhaupt, zu beantworten. Wenn dies in einer Pro- und Contra-Darstellung passiert, ist das kein Problem. Wenn dies aber in Form von Mutmassungen geschieht, ist dies nicht optimal. Seitens Stadtrats ist hier die Strategie zu überprüfen. Insbesondere ist hier auch darauf hinzuweisen, dass die Stadt Dübendorf über eine Kommunikationsstelle und entsprechend über das nötige Knowhow verfügt. Auch sollten allfällige Unzufriedenheiten einer Verwaltungseinheit mit einer parlamentarischen Kommission über den Weg des Stadtrats und nicht über den öffentlichen Weg ausgetragen werden.
Aus unserer Sicht wirft der Abstimmungskampf für die Abstimmung vom 18. Mai einige Fragen auf. In diesem Fall waren die Unstimmigkeiten nicht tragisch, denn der damalige Volkswille wurde bestätigt. Aber für die Zukunft sollten die offenen Fragen vielleicht auch unter den Parteien geklärt werden.
Abschliessend und abschliessend auch noch politisch: Im Namen der Initianten und der zustimmenden Mehrheit bitten wir Parlament und Stadtrat dieses Verdikt ernst zu nehmen. Wie bereits nach der ersten Abstimmung erwähnt, sprechen Sie nicht nur mit der im Stadtrat und Parlament gut vertretenen Minderheit, sondern gleichzeitig auch immer mit der vertretenen Mehrheit und nehmen Sie das auch ernst. Wischen Sie nicht jeden vorgebrachten Kompromiss einfach so vom Tisch, mit dem Wissen, dass man Mehrheiten im Parlament hat. Denn vor dem Volk haben Sie diese eventuell nicht und wir möchten ja alle, dass die möglichen Umsetzungen mit Augenmass geschehen, sodass das Referendum so gut wie nie ergriffen werden muss."

Persönliche Erklärungen
Es sind keine persönlichen Erklärungen angekündigt worden.

2. Protokollgenehmigung der 28. Sitzung vom 7. April 2025

Zum Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 7. April 2025 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es gilt somit in Anwendung von Art. 54 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3. Jahresrechnung 2024 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 10/2025

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP)
"Ich erkläre den Verhandlungsablauf sowie das Abstimmungsverfahren. Eine eigentliche Eintretensdebatte gibt es nicht, da das Eintreten bei der Jahresrechnung obligatorisch ist. Ich schlage Ihnen jedoch vor, dass wir, bevor wir in die Detailberatung einsteigen, eine allgemeine Diskussion durchführen. Dabei können generelle Aussagen zur Jahresrechnung vorgebracht werden.

Es ist ein Rückweisungsantrag zur Jahresrechnung 2024 von der SVP-Fraktion angekündigt worden. Es ist zu begründen, was genau der Grund für den Rückweisungsantrag ist und welche Inhalte des Geschäfts zu überarbeiten sind.
Über diesen Rückweisungsantrag werden wir im Anschluss an die allgemeine Diskussion abstimmen. Sofern der Rückweisungsantrag eine Mehrheit findet, wird die Jahresrechnung an den Stadtrat zurückgewiesen und es findet keine weitere Abstimmung über die Jahresrechnung 2024 statt.
Sofern der Rückweisungsantrag keine Mehrheit findet, steigen wir anschliessend in die Detailberatung ein und es gibt dann die Möglichkeit, sich spezifisch zu einzelnen Teilen der

Jahresrechnung zu äussern. Nach der Detailberatung findet dann die Abstimmung über die Genehmigung der Jahresrechnung statt."

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

1. Generelle Diskussion
Paul Steiner (SVP), Präsident der GRPK
"Zum Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung 2024 sehen Sie eine Folie mit den Abweichungen zum Budget.

Projektion der nachstehenden Folie

Gesamtergebnis Erfolgsrechnung 2024

	Budget in TCHF	Rechnung in TCHF
Betrieblicher Ertrag	**+232'064**	**+238'556**
davon Steuern	137'998	137'566
Betrieblicher Aufwand	**-209'848**	**-213'096**
davon Personal	75'874	75'012
davon Sachaufwand	31'690	33'535
davon Abschreibungen	11'232	11'300
davon Transferaufwand	90'710	93'008
Finanzergebnis	**+5'228**	**+9'497**
Ausserordentlicher Aufwand	**26'944**	**26'944**
Nettoergebnis	**+500**	**+8'013**

Fortsetzung Votum

Der betriebliche Ertrag beläuft sich auf 238,6 Mio., der betriebliche Aufwand auf 213 Mio. dazu kommt das Finanzergebnis von plus 9,5 Mio., minus der ausserordentliche Aufwand von rund 26,9 Mio. Das ergibt einen Jahresüberschuss von rund 8 Mio., also 7,5 Mio. besser als budgetiert. Gegenüber der Hochrechnung fällt das Jahresergebnis sogar um 13 Mio. besser aus, im Wesentlichen aufgrund der Wertberichtigung der Anlagen im Finanzvermögen von 3,8 Mio. Diese Wertberichtigung wurde wenige Tage vor der letztjährigen Budgetsitzung vorgenommen. Es wäre im Sinne der Transparenz wünschenswert gewesen, wenn der Finanzvorstand in seinem Referat auf die diesbezügliche Ergebnisverbesserung hingewiesen hätte, statt zu bekräftigen, dass die Hochrechnung vom Herbst 2024 im Wesentlichen zutrifft.

Beim ausserordentlichen Aufwand betreffen 26,9 Mio. eine Vorfinanzierung von Schulraum.
Im Gegensatz zum Budget, wo die Ausgaben für das nächste Rechnungsjahr genehmigt werden, prüft die GRPK bei der Jahresrechnung in erster Linie, ob die Ausgaben im Rahmen des genehmigten Budgets getätigt wurden. Die GRPK fragt dort nach, wo bemerkenswerte Budget-Über- oder Unterschreitungen festgestellt werden, sofern diese nicht bereits im Differenzenkommentar erklärt sind.

Personalaufwand
Der Folie können Sie entnehmen, dass der Personalaufwand mit 75,9 Mio. budgetiert wurde, in der Rechnung sind 75 Mio. ausgewiesen. Das widerspiegelt jedoch nicht die effektiven Personalkosten, denn die Springerkosten, also Kosten für «ausgeliehenes Personal», müssen über ein anderes Konto, nämlich Dienstleistungen Dritter, abgerechnet werden. Die Springerkosten betrugen im letzten Jahr 1,85 Mio. Das bedeutet unter dem Strich, dass die Personalkosten rund 1 Mio. über Budget lagen.

Sachaufwand
Die Differenz zum Budget beim Sachaufwand lässt sich im Wesentlichen mit den eben erwähnten Springerkosten erklären.

Abschreibungen
Die Abschreibungen lagen im budgetierten Rahmen.

Transferaufwand
Der um 2,3 Mio. über Budget liegende Transferaufwand wurde durch den um 3,1 Mio. höheren Transferertrag überkompensiert. Da zum Zeitpunkt der Budgetierung viele relevante Informationen bzgl. Transferaufwand und Transferertrag noch nicht vorliegen, bleibt hier die Budgetierung anspruchsvoll.

Ertrag
Auf der Ertragsseite fallen die um 4,4 Mio. höheren Finanzerträge, davon Wertberichtigungen auf Anlagen Finanzvermögen von 3,8 Mio. sowie die höheren Entgelte von 3,1 Mio. ins Gewicht. Wesentliche Beiträge an die höheren Entgelte waren Gebühren für Amtshandlungen, namentlich Gebühren des Betreibungsamts und der Polizei sowie Taxen und Kostgelder der Pflegeabteilung im IMWIL, zurückzuführen auf eine sehr hohe Auslastung und Nachfrage nach Pflegeplätzen. Die Steuererträge natürlicher Personen waren um 12,4 Mio. über Budget, auf der anderen Seite lagen die Steuern juristischer Personen 11,3 Mio. unter Budget. Die ähnlichen Zahlen stehen gemäss Aussagen des Stadtrats in keinem direkten Zusammenhang, aber in beiden Fällen handelt es sich um Steuern früherer Jahre. Diese Einnahmen können sehr stark schwanken. Im mündlichen Austausch hat der Stadtrat der GRPK die Fragen dazu zufriedenstellend beantwortet.

Optimierung Mehrwertsteuer MWST
Die GRPK hat dem Stadtrat bereits bei früherer Gelegenheit beliebt gemacht, Einsparmöglichkeiten bei der Mehrwertsteuer zu evaluieren und sich nach dem Stand der Dinge erkundigt. Das laufende Projekt zielt darauf ab, die Mehrwertsteuerbelastung der Stadt Dübendorf durch strukturelle Anpassungen und organisatorische Änderungen zu reduzieren, insbesondere durch die Maximierung von Vorsteuerabzügen auf Investitionen und laufende Betriebskosten. Teilweise ist dies bereits umgesetzt und der Stadtrat bestätigte vis-à-vis der GRPK, dass zukünftig durch diese Mehrwertsteueroptimierung erhebliche Einsparungen bei Investitionen und laufenden Betriebskosten erzielt werden können.

Lycée Français
Für einigen Gesprächsstoff innerhalb der GRPK sorgte der Stadtrats-Beschluss 24-551 vom 5. Dezember 2024. Mit diesem bewilligte der Stadtrat im Rahmen seiner Kompetenz einen Unterstützungsbeitrag von CHF 300'000 an das Lycée Français de Zurich für den Bau eines neuen Schulgebäudes. Das Subventionsgesuch der Schule datiert vom 4. November 2024.
Bereits 2016 gab es ein praktisch identisches Subventionsgesuch der gleichen Schule für den ersten Neubau im Hochbord, damals in der Höhe von CHF 500'000. Aufgrund der Betragshöhe wurde dieser Antrag in der GRPK behandelt und nach gründlicher Prüfung dem Gemeinderat zur Ablehnung empfohlen. Dieser folgte der Empfehlung der GRPK und lehnte das Gesuch an der Gemeinderatssitzung vom 7.11.2016 sehr deutlich mit 27 gegen 8 Stimmen ab.
Die wesentlichsten Gründe der Ablehnung waren:
Erstens: mit dem Lycée Français würde nicht nur eine Privatschule subventioniert, sondern indirekt der französische Staat, denn es handelt sich um ein Mitglied im Netzwerk französischer Auslandschulen (ANEFE). In diesem Netzwerk gibt es rund 500 andere Schulen in 133 Ländern ausserhalb von Frankreich.
Zweitens: der Lehrplan richtet sich nach dem französischen Bildungsministerium und seit September 2013 besteht für den Lycée-Neubau in Dübendorf eine Garantie über die Gesamtinvestition durch den französischen Staat.
Drittens: Die Ausrichtung des Investitionsbeitrags hätte einen Präzedenzfall und eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen privaten in Dübendorf angesiedelten Unternehmen geschaffen.
Letztlich: Dübendorf hat kein Standortförderungsprogramm für Privatunternehmen. Das sollte auch dann Gültigkeit haben, wenn das Unternehmen im Bildungsbereich tätig ist.
Die GRPK ist vom Vorgehen des Stadtrats bezüglich des Betrags von CHF 300'00 überrascht. Sie hätte erwartet, dass der Stadtrat aufgrund dieser Vorgeschichte die Investition budgetiert und sich der Diskussion mit der GRPK, respektive dem Gemeinderat, gestellt hätte. Aus Sicht der GRPK war der Zeitpunkt für eine allfällige Ausrichtung des Subventionsbeitrags keineswegs dringlich, ist doch der Neubau der Schule in keiner Weise von diesen 300'000 Franken abhängig.

Bildung
Die Nettokosten im Bildungsbereich liegen im Wesentlichen im Rahmen des Budgets. Die Budgetabweichungen wurden von der Primarschule auf einer Liste zusammengefasst und einzeln begründet.

Leistungsüberprüfung
Zur Leistungsüberprüfung kann ich mich kurzfassen, da der Schlussbericht vorliegt und später an der heutigen Sitzung zur Sprache kommen wird. Die GRPK hatte sich im Verlauf der Jahre regelmässig beim Stadtrat nach dem Stand der Dinge erkundigt und wurde ebenso regelmässig mit Versprechen vertröstet. Auch sie muss sich jetzt mit dem vorliegenden Schlussbericht zufriedengeben.

Revisionsbericht
Der Bericht der Revisionsstelle wurde von der GRPK zur Kenntnis genommen. Er beinhaltet 21 Hinweise und zwei Empfehlungen, wobei Hinweise mit der Aufforderung gleichzusetzen sind, die Mängel zeitnah zu beheben. Da es sich bei den einzelnen Hinweisen um keine erheblichen Mängel handelt, welche auf die Jahresrechnung Einfluss hätten, geht die GRPK an dieser Stelle nicht weiter darauf ein. Die Revisionsstelle empfiehlt, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Investitionsrechnung
Die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen betrugen 39,5 Mio. bei einem Budget von 41,3 Mio. Der vom Stadtrat genannte Realisierungssatz von 96 Prozent muss aber insofern relativiert werden,

dass die Kapitalerhöhung des Spital Uster von 9,7 Mio. enthalten ist, welche nicht budgetiert war. Berücksichtig man das, wurden rund 10 Mio. weniger als vorgesehen investiert.
Signifikante Positionen in der Investitionsrechnung sind:
-Schulliegenschaften 10,2 Mio., Kapitalerhöhung Spital Uster 9,7 Mio., Strassenunterhalt 5,7 Mio., Darlehen an Zweckverband Sportanlage Dürrbach 3,8 Mio., sowie Kanalsanierungen 2,6 Mio.
Wesentliche budgetierte Investition die nicht oder noch nicht angefallen sind:
-Turnhalle ThreePoint, Der Geldfluss wurde hauptsächlich im Jahr 2023 ausgelöst und getätigt sowie die budgetierten 4 Mio. für den Hallenbadneubau, die später anfallen werden.

Periodische Neubewertung des Finanzvermögens
In der Jahresrechnung, auf Seite 231 in der Blanz, Konto 108010, sind die Grundstücke Finanzvermögen mit Baurechten mit einem Wert von CHF 24,5 Mio. aufgeführt, auf Seite 130 die vereinnahmten Baurechtszinsen auf dem Konto 9630.443020 in der Höhe von rund 2,7 Mio. Gemäss Vorgaben der Gemeindeverordnung sind diese Grundstücke zum Ertragswert zu bewerten. Dieser errechnet sich anhand des effektiven Baurechtszinses, kapitalisiert zu einem marktkonformen Zinsfuss – gemäss Handbuch über den Finanzhaushalt 2-4 % plus ein Risikozuschlag von bis zu 2%. Berechnet man den Ertragswert mit dem maximalen Zinssatz von 6% ergibt das einen Wert von rund 44,7 Mio., beim tiefsten vorgegebenen Zinssatz von 4% wäre dieser Wert gar rund 67 Mio., dies gegenüber den bilanzierten 24,5 Mio..
Aufgrund dieser Feststellung sind Fragen aufgekommen. Die GRPK hat die Bewertungssituation der Grundstücke Finanzvermögen mit Baurechten unter Rücksprache mit dem Stadtrat und unter Einbezug der Revisionsstelle sowie des Gemeindeamts vertieft geprüft.
Diese Abklärungen haben ergeben, dass einzelne Grundstücke im Finanzvermögen mit Baurechten von der periodisch vorgeschriebenen Neubewertung im Dezember 2024 ausgenommen, respektive auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurden. Der Verzicht auf die Neubewertung wird mit der ausstehenden Anpassung des Baurechtszinses begründet. Es stellte sich die Frage, ob dieses Vorgehen des Stadtrats zulässig war.
Aufgrund der Stellungnahmen der Revisionsstelle und des Gemeindeamts standen eine Rückweisung der Jahresrechnung oder eine Genehmigung mit entsprechenden Bemerkungen im Genehmigungsbeschluss unter Punkt 2 zur Diskussion. Die Mehrheit der GRPK hat sich für letzteres entschieden und die Jahresrechnung 2024 unter Berücksichtigung der Verhältnismässigkeit genehmigt.

Sie sehen eine Folie mit dem kompletten Text der Beschlussziffer 2, gemäss Antrag der Geschäfts- und Rechnungsprüfung.

Projektion der nachstehenden Folien

Stadt Dübendorf

Jahresrechnung 2024 / Auszug Antrag

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission stellt fest, dass die Jahresrechnung der Politischen Gemeinde Dübendorf finanzrechtlich zulässig und rechnerisch richtig ist.

Die finanzpolitische Prüfung der Jahresrechnung gibt zu folgenden Bemerkungen Anlass.
Die GRPK hat festgestellt, dass im Rahmen der periodischen Neubewertung des Finanzvermögens gemäss § 131 Abs. 1 Gemeindegesetz und § 24 Abs. 1 Gemeindeverordnung die Baurechtsgrundstücke neu bewertet wurden (SRB 24-553 vom 5. Dezember 2024). Mit SRB 25-91 vom 27. Februar 2025 (Wiedererwägung SRB 24-553 vom 5. Dezember 2024) wurde der Verzicht auf die Neubewertung einzelner Grundstücke mit der ausstehenden Anpassung des Baurechtszinses begründet. Bei der Neubewertung der fraglichen Grundstücke zum vorgegebenen Kapitalisierungssatz bewegen wir uns in einer Differenz im 2-stelligen Millionenbereich zum in der Bilanz ausgewiesenen Betrag (Ergebnisverbesserung 2024).

11

Stadt Dübendorf

Jahresrechnung 2024 / Auszug Antrag

Die GRPK hat nach Rücksprache mit dem Stadtrat und unter Einbezug der Revisionsstelle sowie dem Gemeindeamt vertieft geprüft, ob dieses Vorgehen finanzrechtlich zulässig ist.

Die Revisionsstelle beurteilt das Vorgehen als korrekt und geht davon aus, dass die Neubewertung der fraglichen Liegenschaften im Verlauf des Jahres 2025 erfolgt und somit ergebniswirksam im Jahr 2025 erfasst wird.

Gemäss Abklärungen mit dem Gemeindeamt ist sowohl eine Korrektur in der Jahresrechnung 2024 (Rückweisung) wie auch in der Jahresrechnung 2025 möglich.

Die GRPK hat entschieden, unter Berücksichtigung der Verhältnismässigkeit die Jahresrechnung 2024 zu genehmigen.

12

Fortsetzung Votum

Da das vielleicht nicht alle lesen können, zitiere ich den Text kurz: 'Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission stellt fest, dass die Jahresrechnung der politischen Gemeinde

Dübendorf finanzrechtlich zulässig und rechnerisch richtig ist. Die finanzpolitische Prüfung der Jahresrechnung gibt zu folgenden Bemerkungen Anlass. Die GRPK hat festgestellt, dass im Rahmen der periodischen Neubewertung des Finanzvermögens gemäss § 131 Absatz 1 Gemeindegesetz und § 24 Absatz 1 Gemeindeverordnung die Baurechtsgrundstücke neu bewertet wurden. Der entsprechende Stadtratsbeschluss ist aufgeführt. Mit dem weiteren Stadtratsbeschluss 25-91 vom 27. Februar 2025 als Wiedererwägung gegenüber dem vorher erwähnten Stadtratsbeschluss vom 5. Dezember wurde der Verzicht auf die Neubewertung einzelner Grundstücke mit der ausstehenden Anpassung des Baurechtszinses begründet. Bei der Neubewertung der fraglichen Grundstücke zum vorgegebenen Kapitalisierungssatz bewegen wir uns in einer Differenz im zweistelligen Millionenbereich zum in der Bilanz ausgewiesenen Betrag (Ergebnisverbesserung 2024).
Die GRPK hat nach Rücksprache mit dem Stadtrat und unter Einbezug der Revisionsstelle sowie dem Gemeindeamt vertieft geprüft, ob dieses Vorgehen finanzrechtlich zulässig ist. Die Revisionsstelle beurteilt das Vorgehen als korrekt und geht davon aus, dass die Neubewertung der fraglichen Liegenschaften im Verlauf des Jahres 2025 erfolgt und somit ergebniswirksam im Jahr 2025 erfasst wird. Gemäss Abklärungen mit dem Gemeindeamt ist sowohl eine Korrektur in der Jahresrechnung 2024 – dies würde eine Rückweisung bedeuten – wie auch in der Jahresrechnung 2025 möglich. Die GRPK hat entschieden, unter Berücksichtigung der Verhältnismässigkeit die Jahresrechnung 2024 zu genehmigen.'

Vorgehen bei der Prüfung
Die Verabschiedung der Jahresrechnung durch den Stadtrat ist am 27. März erfolgt. Bis zum 16. Juni haben die Prüfung durch die Kommission sowie der schriftliche Austausch von Fragen und Antworten mit dem Stadtrat stattgefunden. Am 16.6. fand der mündliche Austausch mit einer Delegation vom Stadtrat statt, bevor dann die GRPK die Rechnung am 30.6. verabschiedet hat.
Die Differenzenkommentare von der Verwaltung zu den Abweichungen gegenüber dem Budget sind in aller Regel klar und nachvollziehbar, was massgeblich zu einer effizienten Prüfung beigetragen hat.

Fazit
Der Jahresrechnung kann man entnehmen, dass insbesondere ausserordentliche Finanzerträge und höhere Entgelte, beides keine nachhaltigen Ertragsquellen, verantwortlich sind, dass wir an dieser Stelle über ein deutlich positives Resultat der Jahresrechnung befinden können. Deshalb gilt es auch in Zukunft, alle Leistungen und die dafür notwendigen Ausgaben kritisch zu prüfen, damit das Ausgabenwachstum, das wir nach wie vor haben, gebremst werden kann.

Schlussbemerkungen
Im Namen von GRPK danke ich dem Stadtrat und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.
Die GRPK hat feststellen können, dass die Rechnung gut geführt ist und die Mittel nach Budgetvorgaben eingesetzt wurden.
Der Dank gilt auch dem Gemeinderatssekretariat für die umsichtige Planung und tolle Unterstützung im gesamten Prüfungsprozess.

Antrag
Die GRPK beantragt dem Gemeinderat, die Jahresrechnung und die Sonderrechnungen 2024 von der Politischen Gemeinde Dübendorf, entsprechend dem Antrag vom Stadtrat zu genehmigen und den Ertragsüberschuss von CHF 8'013'745.26 dem Bilanzüberschuss zuzuweisen.

Ich bitte den Gemeinderat dem Antrag von der GRPK und dem Stadtrat zu folgen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Erste Vorbemerkung: die Rechnung insgesamt ist aus Sicht des Stadtrats eigentlich recht befriedigend ausgefallen. Auf der Einnahmeseite – wir haben es gehört vom GRPK-Präsidenten – waren die Steuern unterschiedlich gut prognostiziert, mit Abweichungen bei juristischen und natürlichen Personen, was sehr schwierig ist. Es ist relativ unklar, besonders in den Vorjahren, wie man diese prognostizieren soll. Realität ist, dass die statistische Methode diesmal ziemlich passende Ergebnisse geliefert hat. Insgesamt sind die Steuererträge ungefähr eine Punktlandung um wenige 100'000 Franken. Die Grundsteuer, die wir vor einem Jahr auch sehr hoch budgetiert hatten für dieses Jahr aufgrund von einzelnen anzunehmenden Fällen, ist dann aber etwas unter dem Budget geblieben, aber auch dort nicht irgendwo völlig daneben, im Vergleich zu dem, was wir im Budget hatten. Was auch erfreulich ist, auch auf der Aufwandsseite. Wenn man in den Details schaut, gibt es Bereiche, die deutlich schlechter abgeschnitten haben, bei denen wir eine Entwicklung haben, die ein bisschen mehr Kosten verursacht hat, das ist unter anderem bei der Primarschule. Wir hatten aber auch Bereiche, die besser abgeschnitten haben. Zum Beispiel der Bereich IMWIL, bei dem wir einen deutlichen Überschuss erzielen konnten, der aber zum Teil natürlich durch die Ergänzungsleistungen, die angestiegen sind innerhalb des Sozialen, wieder geschluckt worden ist. Insgesamt, wenn man auch in dem Bereich durchgegangen ist durch die Ressorts, kann man sagen, dass die meisten Ressorts ihre Kosten nicht vollumfänglich aufgebraucht haben, sondern wirklich, wenn sie es nicht gebraucht haben, auch entsprechend das Budget nicht ausgeschöpft haben. Und damit wurde die Rechnung auch in sich relativ gut abgeschlossen.

Das Unerfreuliche bleiben die Springerkosten. Das haben wir auch schon gehört, dass der Stadtrat hier auch nicht glücklich ist. Er hat aber auch vor die Budgetierung jetzt im aktuellen Jahr und im Folgejahr, transparenter zu budgetieren. Wir haben es früher jeweils budgetiert, so gut wir konnten. Wir machen jetzt auch dort statistische Werte, weil wir davon ausgehen, leider, dass bei der aktuellen Situation im Personal immer wieder Springerlösungen nötig sind, die insgesamt aber leider teurer sind.

Ein wesentlicher Parameter wurde auch erwähnt, wo ein Mehrertrag hineingekommen ist, also der ist leider nicht physisch, das ist die Aufwertung des Finanzvermögens, die Neubewertung, die wir vorgenommen haben, das sind die erwähnten 3,8 Mio. Franken. Es wurde auch in der GRPK kritisiert, dass wir das im Rahmen der Budgetdebatte nicht erwähnt haben. Das hat zwei Gründe. Eines ist ganz ehrlich, weil es mir zu diesem Zeitpunkt schlicht und einfach nicht aufgegangen ist, weil es eine rein bilanztechnische Aufwertung, die nichts Cash-wirksames hat, die uns keinen Franken mehr in die Kasse bringt und in dem Sinn auch keinen Spielraum gibt, sondern es ist einfach eine Neubewertung des Finanzvermögens. Plus 3,8 Mio. Franken, was sehr schön ist in der Bilanz zu sehen, aber es bringt keinen Franken mehr. Aber ich habe auch der GRPK zugesichert, ein anderes Mal würde ich das noch erwähnen, wenn es mir dann auch entsprechend in den Sinn kommt und aber auch deutlich sagen, dass es keine Cash-Wirksamkeit hat. Insgesamt war noch die Frage mit der Mehrwertsteuer, da möchte ich der GRPK und insbesondere Luki Schanz danken, auf den Hinweis, den die GRPK uns gemacht hat. Wir sind diese Sache angegangen wir sind in Umsetzung und hoffen tatsächlich, dass man bei gewissen Projekten bei der Mehrwertsteuer sowohl bei der Investition, aber auch bei den laufenden Rechnungen doch einiges einsparen könnte. Vor allem bei der Investition beim Hallenbad, könnte das ein recht grosser Brocken sein, den man da mit der Vorsteuer optimieren könnte. Wir hoffen aber auch, dass das in der Zeit, in der wir jetzt das machen, nicht irgendeine Bundesgesetzgebung ändert. Denn ich fürchte natürlich, dass da irgendwann eine Anpassung stattfinden wird, wenn das natürlich Schule macht und alle Gemeinden jetzt auf das aufspringen, weil das Geld dann in der Mehrwertsteuerkasse fehlt, und dann versucht man dort wieder zu schärfen. Das ist halt immer mit diesen Steueroptimierungen passiert, aber wir können sicher von dem jetzt noch profitieren, weil wir zu den Early Movers gehören.

Der GRPK-Präsident hat auch den Kredit ans Lycée-Français kritisiert. Der Stadtrat hat die Überlegungen, die Abwägungen zu dem Zeitpunkt des Gesuchs auch noch einmal gemacht und wir haben schon festgestellt, dass auch das Lycée-Français nicht nur Leute einschult oder schult, die mit Frankreich verbunden sind, sondern dass dort auch andere Schülerinnen und Schüler ein- und ausgehen können und dass insgesamt die Primarschulgemeinde Dübendorf ganz stark davon profitiert, dass wir diese Schule haben, die auch relativ viele Kosten absorbiert. Also es wäre so, wenn wir die Schüler alle bei uns einschulen müssten, würde es wahrscheinlich deutlich mehr kosten und darum hat der Stadtrat diesen nicht allzu grossen Betrag als gerechtfertigt empfunden in seiner eigenen Kompetenz zu sprechen, im Wissen, dass das bei dem einen oder anderen im Gemeinderat vielleicht nicht so gut ankommt, weil man so einen Kredit schon einmal mit einer Begründung entsprechend abgelehnt hat. Der Stadtrat ist da ganz klar zu einem anderen Schluss gekommen.
Zum Leistungsüberprüfungsbericht komme ich später noch, darüber müssen wir jetzt nicht reden, die Diskussion führen wir noch in einem zweiten Bereich.
Ich komme jetzt noch zu dieser Aufwertung des Baurechts, bei dem wir ja noch ein Thema haben und bei dem ich auch glaube, dass der Abend noch nicht ganz abgeschlossen ist. Ich will aber voraus bemerken, dass der Stadtrat das in der GRPK ganz klar auch intern begründet hat, und zwar auch aus der Sicht heraus, dass es ein laufendes Verfahren ist, weil wir in Verhandlungen sind über den Baurechtszins nach den ersten fünf Jahren. Das ist auch der Hauptgrund gewesen, warum der Stadtrat entschieden hat, jetzt in dieser Bewertung keine Neubewertung vorzunehmen, sondern die Neubewertung dann zu machen, wenn der neue Baurechtszins steht und dann diese Bewertung entsprechend als richtige Bewertung einzuführen, damit man da nicht irgendeine Zahl einsetzt, die entweder zu tief oder zu hoch, aber sicher nicht die absolut richtige ist. Wir haben das auch in der GRPK ganz klar gesagt, dass das unsere Begründung ist. Wir haben das auch mit dem Gemeindeamt und der Revisionsstelle diskutiert. Die Revisionsstelle hat dies auch bestätigt und abgenommen, nachdem der Stadtrat das so beschlossen hat. Es ist aber klar, wenn man die nackten Zahlen aus der Rechnung herausnimmt, ist tatsächlich dort eine stille Reserve drin. Aber jetzt noch einmal: es ist erstens auch hier ein reiner Buchwert. Wir können dort das reinschreiben, was wir wollen, dann wird unsere Bilanz aufgebessert. Wir haben aber keine Franken mehr in der Kasse. Das Grundstück ist auch im Baurecht vergeben, nur für jetzt rund 95 Jahre. Das heisst, es ist auch nicht veräusserbar, es ist auch kein Wert, den man morgen realisieren kann, sondern es ist ein gebundener Wert in diesem Boden drin. Und man muss auch festhalten, der Mehrwert wurde auch dadurch geschaffen, dass wir das Baurecht abgeschlossen haben. Man stellt sich vor, man hätte damals auf gewisse Leute auch im Parlament gehört, die gesagt haben, 'verkauft das Grundstück und holt den Gewinn hinein'. Wir hätten wahrscheinlich insgesamt dann einmal verkauft und immer weg. So haben wir jedes Jahr einen Ertrag, der wirklich Cash-in ist, der ja auch zu einer entsprechenden Steuerfussreduktion geführt hat, wo man auch Vorfinanzierungen diskutiert hat, das ist aber Cash-in. Hingegen eine Aufwertung, die da gemacht werden soll oder hätte gemacht werden sollen, ist ganz klar ein rein bilanztechnischer Buchwert. Ich komme jetzt noch zu der Frage, auch ich habe mir erlaubt, mit dem Gemeindeamt noch Kontakt aufzunehmen. Und das Gemeindeamt hat eigentlich das bestätigt, was der Stadtrat gemacht hat. Sie haben gesagt, man hätte das tatsächlich jetzt machen können. Sie könnten es aber nicht im Detail prüfen, weil sie gar nicht genügend Unterlagen haben, um zu entscheiden oder zu prüfen, ob das, was der Stadtrat gemacht hat, hinreichend begründet sei oder zu wenig begründet sei. Aber wenn die Revisionsstelle das entsprechend abgenommen hat, gehen sie davon aus, dass das durchaus vertretbar ist, was der Stadtrat gemacht hat. Und das ist auch der Standpunkt, den der Stadtrat einnimmt. Wir haben das bewusst so gemacht, es wurde so entschieden und von allen Instanzen entsprechend abgesegnet. Es ist aber ebenso klar, dass wir, sobald wir das Baurecht neu ausgehandelt haben, wird die Aufwertung auf den Wert, der dann zu dem Zeitpunkt gemäss den Angaben, die wir jeweils machen, gemacht wird. Und das wird mutmasslich noch im Rechnungsjahr 2025 sein, in dem die Aufwertung nachher entsprechend gemacht wird. In dem Sinn sind wir auch der Meinung, dass der Hinweis, den die GRPK gemacht hat, richtig ist. Das nehmen wir entgegen und das ist auch etwas, das wir mit dem Gemeindeamt bereits

so vorgesprochen haben. Wir müssen also nicht warten bis zur nächsten Bewertung – ich war da unsicher – sondern wir können das tatsächlich im laufenden Jahr 2025, sobald wir die richtigen Zahlen haben, entsprechend bewerten. In dem Sinn bitte ich Sie, die Rechnung entsprechend jetzt zu diskutieren, ein allfälliger Rückweisungsantrag, der ja angekündigt ist, abzulehnen, und ich freue mich darauf, wenn die Rechnung dann entsprechend am Schluss abgenommen wird. Ich möchte auch den GRPK für die gute Zusammenarbeit danken. Wir haben viele Fragen bekommen, wir haben hoffentlich die meisten zur Befriedigung der GRPK beantworten können. Wir haben auch das Schlussgespräch als angenehm empfunden. Wir haben viele Punkte durchdiskutieren können, auch ein bisschen interne Punkte diskutieren können. Auch der Stadtrat lernt ja immer dazu, wenn er mit der GRPK in diesem Gespräch, in diesem Dialog ist. In diesem Sinne bittet Sie der Stadtrat, die Rechnung so zu genehmigen, wie sie vorliegt."

Diskussion

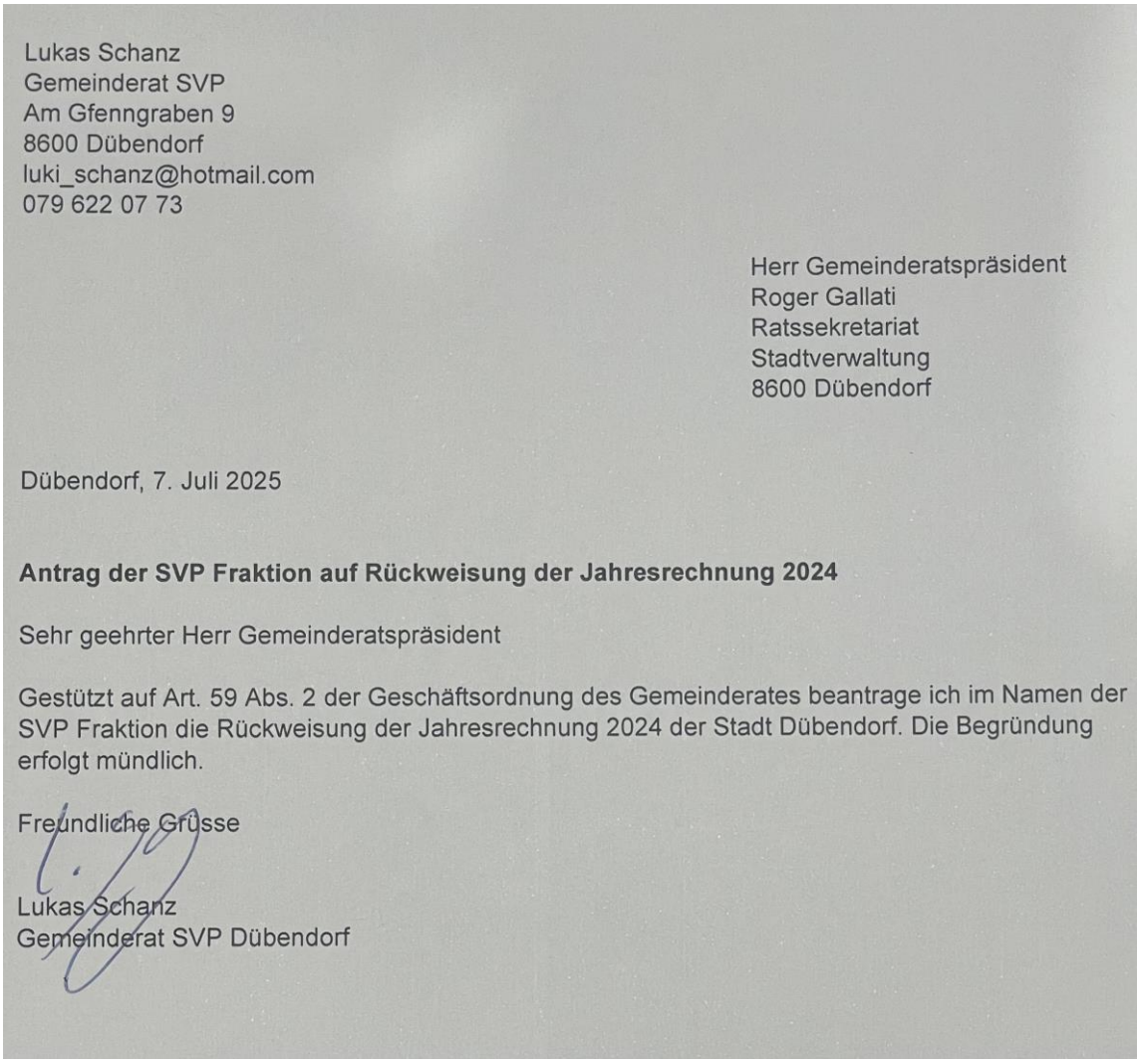
Lukas Schanz (SVP)

"Betreffend Mehrwertsteuer, da kann man Martin Bäumle sicher Recht geben, dass man schauen muss, dass man das nicht anpasst auf Bundesebene, aber dann haben wir ja einen Vertreter, der sicher die Augen offen hat und die Interessen von Dübendorf vertreten wird. Mit dem Jahresergebnis 2024 reiht sich jetzt ein weiteres Jahr in die immer länger werdende Liste von massiven Jahresüberschüssen ein. Bereits im letzten Jahr habe ich in meinem Referat darauf hingewiesen, dass die SVP-Fraktion dies jedes Jahr von Neuem erwähnt. Wir ziehen unseren Bewohnern und Firmen zu viel Geld aus dem Sack. Wenn wir dann wieder eine Steuerfussreduktion fordern, dann fehlt aber gerade den bürgerlichen Parteien der Mut, der SVP einmal Recht zu geben. Vielleicht ist es bei der nächsten Budget-Sitzung ja anders.

Dort muss man auch schon einmal ein bisschen an die Wahlen denken. Vielleicht löst die FDP dann endlich ihr Versprechen ein, das sie in ihrem Leitbild hat, und unterstützt uns bei möglichst tiefen Steuern für Dübendorf. Falls nicht, dann wird sie hoffentlich im Wahlkampf den Satz endlich aus dem Leitbild entfernen. Jedes Jahr müssen wir hier vorne stehen und auf das Gleiche hinweisen. Seit dem Jahr 2013 haben wir jetzt schon Überschüsse in der Höhe von 112 Mio. Schweizer Franken, im Schnitt also 9,3 Mio. Franken pro Jahr und da sind die Aufwertungen, die bereits Thema sind, noch nicht mit eingerechnet. Ich lasse diese Zahl jetzt einfach so stehen.

Bedenklich finde ich, wenn der Stadtrat an der Budget-Sitzung die Zahlen der Hochrechnung erwähnt, aber bereits bekannte Aufwertungen, wir haben es schon gehört, von 3,3 Mio. Franken, die der Stadtrat vier Tage vorher verabschiedet hat, nicht an der Gemeinderatssitzung erwähnt, auch wenn das nicht cash-wirksam ist, es ist ergebniswirksam und gehört entsprechend erwähnt. An dieser Stelle eben danke ich dem Finanzvorstand, dass er das zukünftig besser kommunizieren wird, damit wir aussagekräftigere Zahlen haben und so auch wirklich Entscheide fällen können, basierend auf Fakten.

Projektion der nachstehenden Folien



Lukas Schanz
Gemeinderat SVP
Am Gfenngraben 9
8600 Dübendorf
luki_schanz@hotmail.com
079 622 07 73

Herr Gemeinderatspräsident
Roger Gallati
Ratssekretariat
Stadtverwaltung
8600 Dübendorf

Dübendorf, 7. Juli 2025

Antrag der SVP Fraktion auf Rückweisung der Jahresrechnung 2024

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident

Gestützt auf Art. 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates beantrage ich im Namen der SVP Fraktion die Rückweisung der Jahresrechnung 2024 der Stadt Dübendorf. Die Begründung erfolgt mündlich.

Freundliche Grüsse

Lukas Schanz
Gemeinderat SVP Dübendorf

Fortsetzung Votum

Dann komme ich zum Rückweisungsantrag der SVP. Die GRPK hat den Punkt genau untersucht und entschieden, die Jahresrechnung trotzdem abzunehmen, aber eine Bemerkung anzubringen. In dieser Bemerkung heisst es, dass es auch legitim ist, die Jahresrechnung aufgrund dieser zu tiefen Bewertung zurückzuweisen, und genau diesen Antrag stelle ich im Namen der SVP-Fraktion. Aus unserer Sicht muss ein Fehler in der Jahresrechnung dann korrigiert werden, wenn er gefunden wird. Wir haben eine Bewertungsdifferenz von 20,3 Mio. Schweizer Franken.

Projektion der nachstehenden Folien

Bewertungsgrundlagen

Fläche m^2		
Baurechtszins (Nettoertrag pro Jahr)	2'685'531.21	
Kapitalisierungsprozentsatz	6.00%	(1)

Bemerkungen

Neuer Bilanzwert

Ertragswert (Baurechtszins kapitalisiert zu einem marktkonformen Zinsfuss)

Ertragswert:	2'685'531.21	/	6.00%	44'758'853.50

Neuer Bilanzwert (auf die nächsten Fr. 100.00 abgerundet)	**44'758'800.00**
Aktueller Bilanzwert	24'502'900.00
Positive Wertberichtigung	**20'255'900.00**

Fortsetzung Votum

Ich lege euch hier die Bewertung auf und das, wenn man mit einem Baurechtszins von 6% rechnet. Die Bewertungssystematik ist klar in der Gemeindeverordnung vorgegeben und es gibt keinen Grund unserer Meinung nach, davon abzuweichen. Auch wenn das Baurecht beispielsweise in zwei Jahren auslaufen würde, dann kann man nicht einfach sagen, das Grundstück habe keinen Wert mehr, sondern es ist zum aktuellen Baurechtszins zu kapitalisieren.

Projektion der nachstehenden Folien

Bewertungsgrundlagen		
Fläche m^2		
Baurechtszins (Nettoertrag pro Jahr)	2'685'531.21	
Kapitalisierungsprozentsatz	3.00%	(1)

Bemerkungen

Neuer Bilanzwert				
Ertragswert (Baurechtszins kapitalisiert zu einem marktkonformen Zinsfuss)				
Ertragswert:	2'685'531.21	/	3.00%	89'517'707.00
Neuer Bilanzwert (auf die nächsten Fr. 100.00 abgerundet)				**89'517'700.00**
Aktueller Bilanzwert				24'502'900.00
Positive Wertberichtigung				**65'014'800.00**

Fortsetzung Votum

Wenn man das Ganze mit einem Kapitalisierungsprozentsatz von 3% rechnen würde, was man als marktkonformen Zins anschauen könnte, so wie es auch explizit in der Verordnung verlangt wird, dann kommen wir auf eine Differenz von sogar 65 Mio. Franken. Meine Damen und Herren, bei solchen Beträgen kann man nicht einfach sagen, das sei blöd, aber wir korrigieren es dann nächstes Jahr.
Wenn man in die Jahresrechnung zurückgeht, dann ist der Wert schon seit dem Jahr 2019 so drin. Ich glaube, der Stadtrat ist nicht seit dem Jahr 2019 bereits an den Verhandlungen der Baurechtszinse. Und man muss einen Fehler dann korrigieren, wenn man ihn findet. Ganz ehrlich, ich finde es auch nicht gut, dass wir das Grundstück aufwerten müssen, wie es Martin Bäumle korrekt gesagt hat, das bringt uns nicht mehr Geld in die Kasse, aber es steht in der Gemeindeverordnung unmissverständlich klar, wie wir die Bewertung machen müssen. Wir erwarten vom Bürger, dass er sich an die Gesetze hält, selbst will der Gemeinderat aber beide Augen zudrücken, weil der Aufwand zu gross ist, um die Jahresrechnung anzupassen.
Es tut mir leid, das kann ich einfach nicht ernst nehmen und ich verstehe jeden, der dem Staat und seinen Institutionen nicht mehr traut, wenn der Staat selbst seine Gesetze bzw. die des Kantons nicht einhält. Weiter hat diese Anpassung auch einen Einfluss auf die Kernzahlen der Stadt Dübendorf. Ich kann aber nicht beurteilen, ob das allenfalls einen Einfluss auf die Zahlungen hat, die der Kanton uns macht oder allenfalls weitere Auswirkungen haben könnte. Aus diesen Gründen möchte ich Sie bitten, folgen Sie dem Antrag der SVP-Fraktion und weisen Sie die Jahresrechnung zurück, damit diese korrigiert werden kann. Wenn unser Antrag nicht angenommen wird, dann wird die SVP-Fraktion konsequenterweise die Jahresrechnung ablehnen."

David Siems (Grüne)
"Kennen Sie den Film „Und täglich grüsst das Murmeltier„? Der kommt mir immer in den Sinn, wenn die Stadt ihre Jahresrechnung veröffentlicht – es ist ein Déjà-vu in Dauerschleife.
Budgetiert ist für 2024 ein Überschuss von 500'000 Franken gewesen. Erwirtschaftet hat man dann 8 Millionen, also das 16-Fache. Wie der Finanzverstand angemerkt hat, gibt es hier ein paar buchhalterische Fussnoten anzumerken, ich nehme das zur Kenntnis.
2023 sind 2 Millionen Überschuss budgetiert und knapp 6 Millionen erwirtschaftet worden. 2022 ist ein 6-Millionen-Plus vorhergesagt und dann knapp 28 Millionen Überschuss erzielt worden. 2021 sind es 400'000 Franken im Budget versus 16 Millionen Franken in der Jahresrechnung gewesen.
Für 2025 ist jetzt ein Verlust von knapp 5 Millionen Franken budgetiert. Das bedeutet also erfahrungsgemäss, dass wir am Ende höchstwahrscheinlich mit einer schwarzen Null abschliessen werden.
Nichtsdestotrotz: Als Reaktion auf dieses vorhergesagte Defizit hat dieser Rat unter anderem das Budget für Klimamassnahmen um 85'000 Franken gekürzt. Das entspricht ungefähr einem Betrag von 2.70 Franken pro Kopf.
Ich möchte einmal rekapitulieren, was seit dieser Entscheidung in der Schweiz alles passiert ist:
Ende Mai hat ein Bergsturz die Gemeinde Blatten im Walliser Lötschental zerstört. Brienz/Brinzauls in Graubünden ist schon vor Monaten evakuiert worden, weil auch dort seit zwei Jahren die Gesteinsmassen über dem Dorf immer schneller ins Rutschen geraten und jetzt eben auch dieses Dorf zu zerstören drohen. Die Häufigkeit von Bergstürzen hat sich übrigens in den letzten 50 Jahren verzehnfacht. Kein Wunder: Der Permafrost, der Leim, der unsere Alpen zusammenhält, schmilzt einfach weg.
Anfang Juni haben schwere Unwetter und Überschwemmungen im Baselgebiet zu 70 Feuerwehreinsätzen und einem Millionenschaden geführt. Mit höheren Temperaturen werden auch solche Ereignisse immer häufiger.
Der Sommer 2025, auch wenn es gerade im Moment nicht danach aussieht, droht der heisseste seit Messbeginn zu werden. Also den Rekord von vor zwei Jahren bereits wieder zu übertreffen. Der Rekordsommer im Jahr 2023 hat in der Schweiz 542 Hitzetote gefordert. Und ja, ich weiss: Diese Woche wird es erst mal kühler. Es geht hier um Durchschnittstemperaturen.
Zu guter Letzt hat am Donnerstag der Stromkonzern Axpo die Abschaltung von beiden Reaktoren des AKW Beznau verkündet. Die Aare ist zu warm für das nötige Kühlwasser. Einige Fantasten reden trotzdem davon, jetzt mit der Planung von neuen Schweizer Atomkraftwerken anzufangen."

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP)
"Ich rufe Sie zur Ordnung, wir verhandeln heute die Abnahme der Jahresrechnung und nicht irgendwie ein Budget für zukünftige Ausgaben und ich bitte dich, zum eigentlichen traktandierten Gegenstand Bezug zu nehmen und so weiterzufahren."

David Siems (Grüne)
"Gerne, gerne. Also ich bin beim Thema keine Sorge. Geschätztes Kollegium, Entschuldigung, wenn ich das so deutlich sage, aber wie der Rest des Landes setzt auch der Rat die falschen Prioritäten. Geld ist ein Tauschmittel und abgesehen von dieser Funktion vollkommen nutzlos. Es macht keinen Sinn, es für zukünftige Generationen zu horten, statt damit Gefahren abzuwenden, die bereits diese Generation bedroht. Wenn ich wüsste, dass morgen die Welt untergehen würde, würde ich morgen ein Apfelbäumchen pflanzen, soll Martin Luther einmal gesagt haben. Die Welt wird nicht untergehen, Bäume pflanzen sollten wir trotzdem und ein paar andere Sachen in Angriff nehmen. Meine Schaufel ist griffbereit. Wir lehnen die Rückweisung ab."

Roland Wüest (SP)
"Die Rechnung 2024 von der Stadt Dübendorf präsentiert sich erneut positiv. Wir haben die Zahlen schon gehört, die müssen auch nicht noch einmal wiederholt werden. Wie auch ausgeführt worden ist, ist das Ergebnis in erster Linie auf ausserordentliche Finanzerträge und höheren Entgelts zurückzuführen. Zwar kann man schon sagen, dass das nicht nachhaltige Einkünfte sind, aber für die SP wie auch für meine Vorredner ist es doch auffällig, dass die Rechnungen bereits in den Vorjahren jeweils massiv zu gut abgeschlossen haben. Wir haben es gehört, das Ergebnis im 2023, im 2022, im 2021. Der Kollege Lukas hat das sogar noch weiter zurückgerechnet.
Für uns stellt sich als SP darum schon ein bisschen die Frage, wie es zu diesen regelmässigen hohen Abweichungen kommt und ob es sein kann, dass bei der Budgetierung systematisch etwas tiefgestapelt wird, um die Sparkeule schwingen zu können und sich vor dringenden Aufgaben zu drücken, wie zum Beispiel endlich die nötigen Aufstockungen beim Personal umzusetzen oder auch, wie mein Vorredner fundiert ausgeführt hat, beim Klima endlich aktiver zu handeln. Ein weiterer Punkt ist, dass die höheren Erträge bei den Entgelten neben den Gebühren vor allem auch von den höheren Einnahmen bei den Parkplätzen im IMWIL stammen. Aufgrund der wie erwähnt sehr, sehr hohen Auslastung. Eine Situation, die sich angesichts der demografischen Entwicklung sicher nicht entschärfen, sondern im Gegenteil weiter zuspitzen wird.
Man könnte von dem her durchaus sagen, dass das nachhaltige Einnahmen sind und zeigt, dass im Bereich Alter und Pflege dringend ein Handlungsbedarf besteht, um Kapazitäten an Pflegeplätzen und anderen Betreuungsangeboten in Dübendorf zu erhöhen. Und da sind wir bei einem zentralen Punkt angelangt. Denn das Ausgabenwachstum in Dübendorf ist nicht Ausdruck von verschwenderischen und unnötigen Ausgaben oder vom Schröpfen des Steuerzahlers, sondern die Prüfung der Jahresrechnungen zeigt, dass der Stadtrat und die Verwaltung im Grundsatz sorgfältig und verwaltungsvoll mit den Mitteln umgehen und sich zumindest bei der Ausgabe nahe beim Budget bewegen, wo vom Gemeinderat jeweils bewilligt wird. Die ewigen Märchen, dass sich das Ausgabenwachstum einfach so bremsen lässt, wenn man nur genau genug hinschaut – Stichwort Leistungsüberprüfung – und die Effizienz steigert, wird nicht dadurch wahrer, dass man sie stets, wie ein Mantra wieder von neuem runterbettet.
Natürlich braucht es Kontrolle und Beurteilung, welche Ausgaben und Leistungen angemessen sind, aber genau dafür sind wir als Mitglieder des Gemeinderates ja hier, und zwar als Kontrollgremium und nicht als wandelndes Misstrauensvotum. Die gestiegenen Ausgaben sind vielmehr Ausdruck des Wachstums und der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Dübendorf und den daraus resultierenden steigenden Anforderungen an die Leistungen unserer Stadt. Also nicht etwas, das sich einfach so bremsen lässt, sondern eine Entwicklung, die Dübendorf zur Kenntnis nehmen muss und entsprechend auch handeln muss. Will Dübendorf die Entwicklungen positiv steuern und gestalten, muss investiert werden, und zwar nicht nur in bauliche Infrastruktur, sondern genauso auch in die Dienstleistungen für seine Einwohner und Einwohnerinnen und damit in angemessene Personalressourcen, damit die Dienstleistungen effizient, qualitativ hochstehend erbracht werden können. Als Beispiel sind da zum Beispiel Bildung, auch das Soziale und insbesondere Alter und Gesundheit zu erwähnen. Dafür müssen wir unsere Mittel einsetzen. Ein kleines Ärgernis sind natürlich nach wie vor die hohen Springerkosten, aber auch hier haben wir Vertrauen in die Stadt, dass versucht wird, nachhaltige Lösungen zu finden. Hören wir also auf mit der Schwarzmalerei, sondern bekennen uns dazu, dass die Anforderungen steigen und dass das teils halt auch etwas kostet. Wir können uns das leisten und schliesslich soll das Ziel für uns alle hier in diesem Saal sein, dass Dübendorf eine attraktive und lebenswerte Stadt für alle ist. In dem Sinn wird die SP die Jahresverrechnung 2024 annehmen."

Thomas Maier (glp/GEU)
"Gerne sage ich auch für unsere Fraktion noch ein paar Worte zu der Rechnung 2024. Alle relevanten Zahlen und Informationen haben Sie auch bereits den Ausführungen des GRPK-Präsidents sowie von unserem Finanzvorstand entnehmen können. Ich werde das nicht wiederholen.

Das Wichtigste ist, auch aus unserer Sicht sind alle Fragen von uns selbst und auch von der GRPK zur vollen Zufriedenheit beantwortet worden von der Stadt und vom Stadtrat. Das Gesamtergebnis ist ja, wie Sie alle wissen oder schon gehört haben jetzt, sehr erfreulich. Und natürlich können Sie jetzt das wieder kritisieren, dass wir zum x-ten Mal positiv abschliessen. Und wir hören bereits jetzt, auf der einen Seite gehen Wünsche auf für mehr Ausgaben, auf der anderen Seite kommt bereits der Ruf, wir sollen unsere Steuern senken. Wir sind primär einmal dankbar dafür, dass wir so Abschlüsse haben.
Stellen Sie sich vor, wir hätten die letzten vier bis fünf Jahre ständig Defizite gehabt und negativ abgeschlossen, was wir dann hier für Diskussionen miteinander führen würden. Wir führen zum Glück Diskussionen für die Zukunft darüber, wo wir weiter investieren wollen und Geld ausgeben können oder eben dann vielleicht die Steuern doch ein bisschen senken auf einer Basis von gesunden Finanzen und wir haben eine schuldenfreie Stadt und dafür sind wir dankbar. Und diesen Aspekt möchte ich hier auch noch einmal sehr deutlich hervorheben. Gegen das Ende der Beratungen haben vor allem die Neubewertungen des Finanzvermögens Anlass für Diskussionen in der GRPK gegeben. Wir haben es bereits gehört. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass der Stadtrat den Sachverhalt hinreichend und vor allem lösungsorientiert erklärt hat. Aus unserer Sicht macht es absolut keinen Sinn, eine Aufwertung vorzunehmen, bevor nicht der definitive Baurechtszins feststeht. Und das Notabene nur bei ein paar angepassten Buchwerten, auch wenn die Zahlen hoch sind. Auf die finanzielle Situation der Stadt hat das alles nicht den geringsten Einfluss. Wir haben keinen einzigen Schweizer Franken mehr eingenommen oder mehr oder weniger ausgegeben. Welches Vorgehen wie rechtlich zulässig ist, wollen wir und können wir da nicht beurteilen. Die Stadt kann es wohl so handhaben, gemäss den Auskünften, die sie vorher gehört haben. Politisch betrachtet macht es aus unserer Sicht sogar Sinn. Alles andere ist krampfhaft das Haar in der Suppe gesucht und zwar nicht mit der politisch aufsichtsrechtlichen Aufgabe, die wir als GRPK wahrnehmen müssen, sondern mit dem Ziel, unbedingt etwas zu finden, das man dem Stadtrat vorwerfen kann, sei es irgendwo tief in der Buchhaltung oder sonst an einem anderen Ort. Wir haben in der GRPK dann den vorliegenden Kompromiss auf Wunsch vonseiten der SVP gefunden.
Das ist der, den Ihnen der GRPK-Präsident in der Beschlussfassung vorgelesen hat. Und trotzdem hat dann die SVP am Schluss einen Rückweisungsantrag gestellt und lehnt wegen dem einzigen Punkt, wir haben es vorher gehört, sogar die Rechnungsannahme ab. Liebe SVP, wo ist denn jetzt die von euch eingangs in der Fraktionserklärung so deutlich gewünschte Kompromissbereitschaft zu finden? Bedeutet Kompromiss, dann, wenn man der Meinung der SVP ist? Ich hoffe es nicht. Liebe SVP, so ist eine konstruktive, sachorientierte Politik nicht mehr möglich mit euch. Auf lokaler Ebene macht das auch keinen Sinn, wir beschäftigen uns nur gegenseitig. Für uns ist das kein Fairplay mehr und ganz offen gesagt haben wir auf das auch keine Lust mehr und darum werden wir die Rückweisung ablehnen und die Rechnung abnehmen und hoffen, dass wir in Zukunft wieder mit richtigen Kompromissen, bei denen auch ihr einen Schritt machen, Politik machen können."

Patrick Schärli (die Mitte/EVP)
"Natürlich ist Die Mitte/EVP Fraktion erfreut über das positive Jahresergebnis. Wer wäre das nicht.
Dennoch, die Rechnung der Stadt Dübendorf schliesst Jahr für Jahr – mit wenigen Ausnahmen – besser ab als budgetiert. Der Verdacht, dass jeweils zu konservativ budgetiert wird ist nicht neu und wurde schon mehrfach platziert.
Fast schon bedenklich aber ist, dass das Jahresergebnis gemäss Medienmitteilung des Stadtrates um 13 Mio. Franken besser abschliesst als die Hochrechnung. Da drängen sich mir gerade mehre Fragezeichen auf.
Auf die Bedeutung der Hochrechnung hat die Mitte/EVP Fraktion auch schon oft hingewiesen. Diese wird jeweils während dem Budgetprozess im Gemeinderat kommuniziert und hat eine gewisse Bedeutung und Auswirkung auf das Budget des Folgejahres. Kommt die Hochrechnung so pessimistisch daher wie für 2024, dann ziehen wir alle gemeinsam die falschen Schlussfolgerungen.

Auch wenn die Abweichungen meistens gut erklärt werden und auch mit Einzel- und Sonderfällen zusammenhängen, so erwarten wir vom Stadtrat eine höhere Budget- und Prognosegenauigkeit.
Die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals schliessen unter dem Budget ab, werden aber mit Mehrkosten für Dienstleistungen und Honorare überkompensiert. In diesem Bereich treten Stadtrat und Verwaltung an Ort. Ich sag nur: Dienstleistungen Dritter "alle Jahre wieder".
Die fast schon historisch gute Ausnutzung bei den Investitionen ist nur auf den ersten Blick ein Erfolg. Sie wurde nämlich massgeblich durch die Kapitalerhöhung beim Spital Uster geprägt, welche gar nicht im Budget war.
Bereinigt man die Zahlen um diesen Sondereffekt, sind wir beim Status Quo der Vorjahre. Entweder ist die Investitionsrechnung ein Wunschzettel ans Christkind oder die Umsetzung der Projekte ist mangelhaft.
Auch in diesem Zusammenhang fordert die Mitte/EVP Fraktion eine bessere Budgetgenauigkeit; ansonsten sprechen wir besser von einer Schätzung statt von einem Budget.
Bezüglich Aufwertung der Liegenschaften folgen wir der Mehrheit der GRPK. Wir werden den Rückweisungsantrag nicht unterstützen und die Jahresrechnung genehmigen."

Stefan Angliker (FDP)
"Auch die FDP-Fraktion ist grundsätzlich erfreut darüber, dass unsere Jahresrechnung im Jahr 2024 mit einem Plus abgeschlossen hat, auch dass ein Teil, wenn nicht ein grosser Teil, von einem Ertragsüberschuss durch eine Kostenreduktion in einigen Bereichen zustande gekommen ist, finden wir durchaus begrüssenswert. Bedenklich stimmt uns aber, dass die Gesamtausgaben der Stadt einmal mehr gewachsen sind, sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Budget. Es ist uns bewusst, dass man dem stetigen Wachstum unserer Stadt auch mehr Aufgaben auf die Verwaltung zukommt. In Anbetracht der grossen Investitionen, die in den nächsten Jahren anstehen, ist dennoch zu einer Ausgabendisziplin zu mahnen, denn sonst drohen mittelfristig Steuererhöhungen. Wir erinnern darum noch einmal an unsere Worte zum Budget 2025, dass es eine Priorisierung der notwendigen Aufgaben gegenüber den wünschenswerten Aufgaben braucht. Neue Begehrlichkeiten, die aufgrund des letztjährigen Ertragsüberschusses entstehen könnten, lehnen wir deshalb grundsätzlich ab.
Ein bisschen relativieren möchten wir noch die Aussagen des GRPK-Präsidents zur finanziellen Unterstützung des Erweiterungsprojekts des Lycée Français durch den Stadtrat. Es ist zweifelslos richtig, dass wir diesen Beitrag hinterfragen. Insbesondere, weil der Gemeinderat ja vor einigen Jahren ein vergleichbares Gesuch abgelehnt hat. Andererseits, und da pflichten wir dem Finanzvorstand bei, wohnen ja nicht weniger Schülerinnen und Schüler, die ans Lycée-Français gehen, in Dübendorf. Würden jetzt all diese Kinder die öffentlichen Schulen besuchen, dann würde der Schulraumbedarf der Primar- und der Sekundarschule noch viel stärker ansteigen. Wir schauen deshalb die 300'000 Franken als sinnvolle Investition an, damit wir noch deutlich höhere Ausgaben in zusätzlichen Schulraum einsparen können. Hinsichtlich der periodischen Neubewertung des Finanzvermögens schliessen wir uns im Grundsatz den Worten des GRPK-Präsidenten an.
Wir finden, dass das Nachholen dieser Neubewertung der einzelnen Grundstücke, die zur Diskussion gestanden sind in der Rechnung 2025, jetzt aufgrund der laufenden Verhandlungen zum Baurechtszins durchaus eine zweckmässige Lösung ist. Insgesamt sind wir mit dem Jahresresultat 2024 zufrieden und danken dem Stadtrat sowie der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit, gerade vor allem auch während der Bearbeitung des Geschäfts in der Kommission. Die FDP-Fraktion wird der Abnahme der Jahresrechnung 2024 zustimmen und den Rückweisungsantrag ablehnen."

Martin Bäumle (glp/GEU), Finanzvorstand
"Nach diesen vielen Sträussen von Wünschen und Aussagen doch jetzt noch einige Aussagen und Korrekturen seitens des Stadtrates. Zuerst vielleicht zur Mitte. Ich will festhalten, dass in der Hochrechnung im Dezember die Einnahmen, die wir immer noch auf dem neuesten Stand einschätzen – und noch einmal: die sind ziemlich genau eine Punktlandung gewesen – sind sogar am

Schluss leicht unter den Werten gewesen, die wir in der Budgetdebatte präsentiert haben. Auf der Aufwandseite ist es leider so, dass wir im August eine Hochrechnung machen und nicht noch einmal im Oktober, November die ganze Verwaltung durchstrählen auf eine erneute Hochrechnung, die notabene wahrscheinlich auch nicht viel besser herauskäme als schon die im August. Es ist ein riesiger Aufwand, einigermassen eine vernünftige Abschätzung der Jahresrechnung zu bekommen, weil vieles jeweils offen ist.
Wir arbeiten an dem, aber da muss man klar sagen, das ist eine der anspruchsvollsten Aufgaben und wir wollen die Verwaltung auch nicht mit einer Hochrechnung beschäftigen, die am Schluss wahrscheinlich nicht sehr viel mehr zusätzliche Informationen gibt. Die grossen Abweichungen waren buchhalterische Abweichungen. Ich habe gesagt, auch die werden wir in Zukunft, wenn wir sie kennen, werden wir diese als buchhalterische Aufwertungen, sei es das Spital oder eben Ländereien, darstellen, damit man es sieht, aber wie gesagt, das hat keinen Impact auf den Cash-Fluss. Ich möchte mich damit bei den Sprechern der FDP und der GLP bedanken. Ich glaube, der Stadtrat ist grundsätzlich auf dem Kurs, übrigens auch mit der Mitte, dass wir der klaren Meinung sind, der Stadtrat macht weiter so und versucht eigentlich einerseits die Leistungen der Stadt umzusetzen und zu erfüllen, andererseits aber eben auch sich bewusst zu sein, dass Geld zuerst verdient werden muss.
Ich komme jetzt zu Lukas Schanz von der SVP. Es ist richtig, eine Rückweisung einer Rechnung ist möglich, wenn eine Korrektur entsprechend vorgenommen werden kann. Das hat mir das Gemeindeamt so bestätigt. In dem Sinn ist der Rückweisungsantrag grundsätzlich zulässig. Hingegen bei seiner Aussage, dass ein Fehler, der gefunden worden wäre, sofort korrigiert werden müsse, stipuliert er, dass es ein Fehler ist, und er stipuliert noch eines weiter, dass sich der Bürger an die Gesetze halten muss, hingegen sich der Stadtrat nicht an die Gesetze hält. Und da muss ich noch einmal in aller Deutlichkeit sagen – und ich hätte erwartet, dass der Gemeinderatspräsident hier den Redner gestoppt hätte – das ist eine Unterstellung, dass sich der Stadtrat und meine Verwaltung nicht an das Gesetz halten. Und dem ist nicht so, auch unsere Abklärungen, sowohl der Stadtrat hat es entschieden, die Revision hat es bestätigt und das Gemeindeamt hat mit keinem Wort gesagt, dass die Korrektur erfolgen muss, weil irgendetwas rechtswidrig sei. Bei einer solchen Behauptung muss man aufpassen, wenn man sie mehrfach öffentlich im Rat sagt, und ich würde da eigentlich den entsprechenden Redner bitten, das in dem Sinne in diesem Punkt zurückzunehmen. Man kann es machen, man muss es aber nicht machen. Und noch einmal, es war kein Fehler. Es ist ein bewusster, pragmatischer, zweckdienlicher Entscheid, den ich erläutert habe in der GRPK und auch hier, wie wir damit umgehen wollen, und auch das wurde uns bestätigt, dass wir so vorgehen können. Da verbiete ich mir Kritiken, die in ein Niveau gehen, bei dem ich sagen muss, ich kann das Pult leider nicht ganz so weit herunterschrauben, um dem in gleicher Tonalität zu entgegnen. Das hat einmal ein Altbundesrat gesagt. Ich möchte noch einmal festhalten, in dieser Sache sind wir uns einig, die GRPK hat uns klar den Hinweis gegeben, wir werden, sobald das Baurecht neu da ist, werden wir diese Werte entsprechend aufwerten und sie werden das mutmasslich in der Rechnung 2025 finden. Es ist noch einmal, es ist keinen Franken mehr, kein Cash-Eingang, es ist keine Verkaufsmöglichkeit. Es ist lediglich ein Bilanzbetrag. Und was ich festhalten will, es hat keinen Einfluss auf irgendwelche relevanten Grössen, also man kann deswegen nicht den Steuerfuss anpassen. Es hat auch auf die Steuerkraft keinen Einfluss. Es hat auch keinen Einfluss auf die Schuldenbremse. Also all das, wo vielleicht die Leute träumen könnten, dass man dort mit irgendwelchen Millionen plus irgendwo etwas irgendjemandem verteilen könnte, ist de facto nicht möglich, weil die Kernzahlen grundsätzlich richtig bleiben.
Und in diesem Sinne bitte ich Sie noch einmal, den Rückweisungsantrag abzulehnen und in dem Sinn der Empfehlung der GRPK-Mehrheit zu folgen, dass die Korrektur dann kommt, wenn sie eben am richtigen Ort ist. Jetzt doch auch noch ein, zwei Bemerkungen nach linksgrün. Herr Siems und Roland Wüst haben beide diese Überschüsse ebenfalls moniert und haben damit fast ein bisschen stipuliert, fast ein bisschen mit der SVP zusammen. Wir haben zu viel Geld eingenommen und wir sollten damit ein bisschen was machen. Nur habe ich dann dort etwas andere Aussagen gehört,

nämlich man wolle damit bewusst die Sparkeule schwingen, also man könne mehr Sparmassnahmen umsetzen oder man hat davon gesprochen, dass man etwas erwirtschaftet hätte. Ich will betonen, wenn wir die Rechnung genau anschauen, hat die Stadt Dübendorf nicht mehr erwirtschaftet.
Sie hat ein bisschen besser abgeschnitten als budgetiert. Sie hat steuermässig eine ziemliche Punktlandung gemacht und sie hatte buchhalterische Aufwertungen. Aber es ist nicht so, dass man irgendetwas erwirtschaftet hätte, und irgendjemandem mehr geben könnte. Der Stadtrat geht sehr umsichtig um mit den Steuergeldern und die Verwaltung versucht, das auch so zu machen. Ihr habt den klaren Auftrag, nicht einfach Ausgaben zu machen, die nicht nötig sind. Und ich bin jetzt dann gespannt auf die Diskussion zum Leistungsüberprüfungsbericht. Denn dort habe ich ja anderes gehört, der Stadtrat mache viel zu wenig und er habe da nichts gemacht. Ich sage dann dort auch noch etwas. Und was mir auch noch etwas schräg eingefahren ist: ich bin auch Klima-Forscher und ich muss ganz offen sagen, ich finde, es gehört nicht hier hinein, zu sagen, die Kürzungen, die der Stadtrat und der Gemeinderat gegenüber dem Stadtrat bei den Klimamassnahmen vorgenommen hat, seien dann indirekt mit Schuld. Ich will festhalten, erstens beim Bergsturz von Blatten ist noch nicht belegt, dass er die direkte Folge des Klimawandels ist. Was aber belegt ist, ist dass der Permafrost klar schmilzt und dass mehr schmelzender Permafrost tatsächlich zu mehr Schäden führen kann. Jetzt ist es nur so: auch wenn die Schweiz oder Dübendorf morgen null Emissionen verursachen würde, würde das global nichts verändern. Das ist leider so. Klimapolitisch müssen wir also nicht einander vorwerfen, wer etwas macht oder wer nicht. Wir müssen alle zusammen dieses Thema anpacken, und zwar primär global, weltweit, das ist das Ziel. Und wenn uns das nicht gelingt, nützt es auch nichts, wenn wir in Dübendorf noch ein paar Franken mehr in den Klimaschutz stecken. Nicht, dass wir das nicht machen sollen, und das macht der Stadtrat auch. Er wird das auch wieder beantragen. Aber da indirekt quasi Schuldzuweisungen machen, ist mir dann weder an den Stadtrat noch an den Gemeinderat passend. Zusammengefasst würde ich Ihnen noch einmal beliebt machen, die Rückweisung abzulehnen und die Rechnung am Schluss so zu genehmigen, wie sie der Stadtrat Ihnen präsentiert hat und wie sie korrekt ist."

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP)
"Im Sinne einer allgemeinen Anregung möchte ich die Ratsmitglieder und auch die Stadtratsmitglieder dazu anhalten, sich einerseits festzuhalten am traktandierten Geschäft und nicht auszuschweifen und andererseits selbstverständlich auch den parlamentarischen Anstand zu wahren, insbesondere verletzende oder beleidigende Äusserungen zu unterlassen. Allerdings ist es so, dass wenn man einen Rückweisungsantrag damit begründet, dass eine Vorschrift verletzt worden ist, dann hat man das Recht dazu, das zu monieren und das damit zu begründen und ob dann nachher allenfalls effektiv so eine Vorschrift oder eine Gesetzesvorschrift verletzt worden ist, das würde dann nachher der weitere Verlauf zeigen. Ich denke, dass da ein Ordnungsruf nicht notwendig oder angemessen gewesen wäre, aber ich möchte doch darum bitten, dass wir jetzt wieder zum traktandierten Geschäft zurückkehren, zu der Jahresrechnung. Möchte sich da noch jemand aus dem Rat heraus äussern?"

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung
Der Gemeinderat lehnt den Antrag von Lukas Schanz (SVP) auf Rückweisung der Jahresrechnung 2024 mit 25 zu 10 Stimmen ab.

2. Detailberatung
Es gibt keine Voten zur Erfolgs- oder zur Investitionsrechnung, zur Bilanz, Geldflussrechnung oder den Anhängen der Jahresrechnung inkl. den darin aufgeführten Sonderrechnungen.

3. Schlussabstimmung

Dem Antrag des Stadtrates und der GRPK wird mit 25 zu 10 Stimmen zugestimmt. Somit ist die Jahresrechnung 2024 der Politischen Gemeinde Dübendorf genehmigt.

Beschluss

Der Gemeinderat hat die Jahresrechnung und die Sonderrechnungen 2024 der Politischen Gemeinde Dübendorf am 7. Juli 2025 entsprechend dem Antrag des Stadtrates und der GRPK vom 30. Juni 2025 genehmigt. Die Jahresrechnung weist folgende Eckdaten aus:

Erfolgsrechnung	Gesamtaufwand	Fr.	249'572'233.70
	Gesamtertrag	Fr.	257'585'978.96
	Ertragsüberschuss	**Fr.**	**8'013'745.26**
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben Verwaltungsvermögen	Fr.	-40'156'410.60
	Einnahmen Verwaltungsvermögen	Fr.	622'399.66
	Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen	**Fr.**	**-39'534'010.94**
Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben Finanzvermögen	Fr.	-2'976'031.95
	Einnahmen Finanzvermögen	Fr.	-
	Nettoinvestitionen Finanzvermögen	**Fr.**	**-2'976'031.95**
Bilanz	**Bilanzsumme per 31.12.2024**	**Fr.**	**458'940'916.95**

Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung wird dem Bilanzüberschuss zugewiesen.
Dadurch erhöht sich der Bilanzüberschuss auf Fr. 273'326'082.50

4. Geschäftsbericht 2024 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 11/2025

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP)
"Auch für die Behandlung des Geschäftsberichts ist das Eintreten obligatorisch. Ich schlage jedoch auch hier vor, dass wir zuerst eine allgemeine Diskussion durchführen. Nachher gehen wir in die Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten des Geschäftsberichts. Nach der Detailberatung findet dann die Abstimmung über die Genehmigung des Geschäftsberichts statt."

Auch hier gibt es keine Einwände gegen das Vorgehen.

1. Generelle Diskussion

Paul Steiner (SVP), Präsident der GRPK
"Der Geschäftsbericht ist der Tätigkeitsbericht von der Stadt Dübendorf. Auf 141 Seiten informieren der Stadtrat und die Verwaltung über ihre Aufgaben und Tätigkeiten. Er ist in 18 mehr oder weniger umfangreiche Bereiche gegliedert, vom Gemeinderat, über den Stadtrat bis schlussendlich zum Friedensrichteramt.
Die Fragen zum Geschäftsbericht, zum Inhalt und zur Gestaltung, hat der Stadtrat zur Zufriedenheit der GRPK beantwortet, so dass ich an dieser Stelle – mit einer Ausnahme – nicht weiter darauf eingehe.
Im Kapitel 7 ist zum Projekt Gumpisbüel-Areal festgehalten, dass bei der Erstvermietung Bewohnende von Dübendorf bevorzugt werden. Beim Projekt Leepünt, zusammen mit der Genossenschaft Kalkbreite, steht hierzu nichts im Geschäftsbericht. Die GRPK wollte wissen, wie der Stadtrat sicherstellt, dass die von der Stadt dank vergünstigten Baurechtszinsen ermöglichten Genossenschaftswohnungen der Dübendorfer Bevölkerung zugutekommen.
Der Stadtrat antwortete darauf, dass diese Thematik im Stadtrat ausführlich besprochen worden sei. Im Übrigen verwies er auf die Vertraulichkeit der laufenden Verhandlungen und weiter darauf, dass dieses Geschäft dem Gemeinderat ja dann zur Behandlung vorgelegt werden wird.

Im Namen von der GRPK bedanke ich mich für den grossen Einsatz beim gesamten städtischen Personal und für den gelungenen Geschäftsbericht.

Antrag
Die GRPK beantragt einstimmig, den Geschäftsbericht 2024 der Stadt Dübendorf zu genehmigen.

Ich bitte den Gemeinderat dem Antrag der GRPK zu folgen und danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Diskussion
Keine

2. Detailberatung
Es gibt keine Wortmeldungen zu den einzelnen Kapiteln des Geschäftsberichts.

3. Schlussabstimmung
Der Gemeinderat genehmigt den Geschäftsbericht 2024 mit 35 zu 0 Stimmen.

Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst

Der Geschäftsbericht 2024 wird genehmigt.

5. Postulat von Patrick Walder (SVP) und 10 Mitunterzeichnende "Leistungsüberprüfung" (als Motion eingereicht) / Beantwortung GR Geschäft Nr. 150/2019

Patrick Walder (SVP), Erstunterzeichner
"Im Dezember 2019 habe ich zusammen mit 10 Mitunterzeichnenden die Motion „Leistungsüberprüfung“ eingereicht. Am 7. September 2020 wurde diese mit 29 zu 9 Stimmen dem Stadtrat als Postulat überwiesen. Wir haben sie umgewandelt von Motion zu Postulat als Kompromiss. Im erwähnten Vorstoss verlangen wir, dass der Stadtrat eine Leistungsüberprüfung durchführen soll. Das Ziel war, dass der Stadtrat zusammen mit einer Arbeitsgruppe Vorschläge erarbeitet, welche spätestens mit dem Budget 2022 greifen sollten.
Jetzt ist Juli 2025. Wir konnten die Jahresrechnung 2024 behandeln und jetzt kommt endlich der Bericht des Stadtrats zur Diskussion.
Was ist in Zwischenzeit passiert: Der Stadtrat hat gemäss eigenen Angaben für externe Unterstützung insgesamt CHF 57‘751.50 ausgegeben. Vielmehr ist gemäss diesem Bericht in diesen gut fünf Jahren leider nicht passiert.
Immer wieder haben wir in dem Rat nachgefragt, wie es mit dieser Leistungsüberprüfung aussieht und immer wieder haben wir gefragt, wann man mit dem Bericht rechnen darf. Immer wieder sind wir vertröstet worden. Der Bericht sei noch nicht fertig. Wenn man aber den Bericht des Stadtrats studiert, dann verstehe ich nicht ganz, wieso etwas, das man gar nie umsetzen wollte, so lange dauern kann.
In der Antwort des Stadtrates vom 11.02.2021 klang dies noch ganz anders. Dort heisst es, der Stadtrat werde 59 Punkte direkt umsetzen oder diese werden weiterverfolgt. Wo sind jetzt die 59 Punkte in der Postulatsantwort? Es steht dort, dass die ersten Resultate im Budgetprozess 2022 und 2023 wirksam werden. Wo sind jetzt die Punkte aufgeführt in der Postulatsantwort? Im Bericht lesen wir folgendes und ich zitiere absichtlich, dass man dann nicht irgendwie einen Vorwurf machen kann über die Tonalität: 'Während der Projektphase zeigt sich jedoch, dass seitens der politischen Anspruchsgruppen kein starkes Interesse an umfassenden Kosteneinsparungen vorhanden war.' Als

ich das las, dachte ich, jetzt habe ich mich verlesen und war auch froh, dass der Stadtrat genau diese Aussage hinterher noch einmal wiederholt hat. Denn wir haben in Dübendorf zwei Ebenen. Wir haben die Legislative und die Exekutive. Die Legislative gibt vor, die Exekutive setzt um und die Verwaltung selbstverständlich unterstützt beim Wirken. Der zitierte Satz im Bericht kann somit nur bedeuten, dass es dem Stadtrat egal war, was das Parlament beschlossen hat. Die Primarschule wurde herausgenommen, wie man lesen kann, somit ist neben dem Gemeinderat die einzige politische Anspruchsgruppe der Stadtrat und der Stadtrat schreibt, es habe sich gezeigt, dass die politische Anspruchsgruppe kein starkes Interesse an umfassenden Kosteneinsparungen hatte.
Wenn der Stadtrat jetzt schreibt, dass er eben kein Interesse hatte und das ist ein Zitat des Stadtrats, dann betreibt er eine Arbeitsverweigerung und das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das ist in dieser Form nicht tolerierbar und das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist auch nicht tolerierbar, wenn man gegen diese Leistungsüberprüfung war. Denn am Schluss ist es wichtig für das Funktionieren, dass die Aufträge, die wir als Parlament dem Stadtrat geben, vom Stadtrat auch seriös umgesetzt werden. Der Stadtrat hat selbstverständlich das Recht, sich gegen die Überweisungen von politischen Vorstössen zu wehren und das ist ja auch wichtig in der Diskussion. Wenn der Vorstoss aber überwiesen ist, dann hat er nur eines und das ist die Pflicht, den nach bestem Wissen und Gewissen umzusetzen, ob jetzt die politischen Anspruchsgruppen Lust dazu haben oder nicht.
Wie erwähnt wurden bei der Leistungsüberprüfung die Primarschule- und das Alters- und Spitexzentrum nicht weiterverfolgt, wie der Stadtrat sich äussert, weil der Aufwand im Vergleich zum Nutzen nicht gerechtfertigt gewesen wäre. Wie kann der Stadtrat das beurteilen, wenn er als politische Anspruchsgruppe gar kein starkes Interesse an der Überprüfung hatte oder zeigt es noch deutlicher auf, dass eben gar kein Umsetzungswillen vorgeherrscht hat? Auf drei Punkte geht der Stadtrat im Bericht ein, auf drei Punkte: interne Verrechnungen, Hochbau, Planung, Tiefbau, Dübijob. Was ist mit den übrigen Bereichen von Dübendorf? Wo sind diese in dem Schlussbericht? So geht es nicht, geschätzte Kolleginnen und Kollegen und lieber Stadtrat. Das Parlament ist die vorgesetzte politische Behörde. Ob der Stadtrat Lust hat, Aufträge zu erfüllen oder nicht, spielt dabei schlichtweg keine Rolle. Ziel einer Leistungsüberprüfung ist eine Analyse, wo die Stadt optimieren kann mit entsprechenden Umsetzungsmassnahmen.
Der Stadtrat schreibt weiter, dass die Untersuchung zeigt, dass die Effizienz der Stadtverwaltung bereits hoch ist und keine tiefgreifenden strukturellen Defizite bestehen. Wir können uns vorstellen, dass diese Effizienz auf sehr hoch hätte befördert werden können. Wer weiss es schon, sodass gar keine strukturellen Defizite mehr vorhanden sind, aber man hätte es prüfen müssen oder zumindest, dass Massnahmen als Anträge, auch unpopuläre, Massnahmen als Anträge an den Gemeinderat formuliert worden wären, die wir hier drin hätten diskutieren können. Der Stadtrat sich hätte einbringen können und wir als Auftraggeber, als Parlament hätten sagen können, diese Massnahmen wollen wir oder diese Massnahmen wollen wir nicht, so wie es funktionieren müsste. Ich glaube, das sieht auch der Stadtrat so oder ich hoffe, das sieht auch der Stadtrat so. Aber er hat, und noch einmal wegen dem Vorwurf von der Tonalität, ich zitiere, er hat 'festgestellt, dass die politische Anspruchsgruppe kein starkes Interesse an der umfassenden Kosteneinsparung hatte'. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, als Konsequenz bleibt uns nichts anderes übrig, als den Antrag zu stellen, das Postulat aufrechtzuerhalten."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)
"Der Postulant hat jetzt einiges erklärt oder erläutert, dass er nicht zufrieden ist mit dem Postulat, wie das umgesetzt worden ist. Der Stadtrat hat Verständnis für die Kritik, will aber vorausschicken, es ist nicht das erste Mal, dass der Gesamtstadtrat hier im Parlament Ausführungen macht, dass möglicherweise der Willen zur Umsetzung einer Leistungsüberprüfung im Sinne eines Verzichts auf Leistungen nicht die nötige Durchschlagskraft hatte, auf keiner Ebene. Es ist aber nicht so, dass nichts passiert ist. Der Postulant hat auch gesagt und ein bisschen hat er es auch angetönt, mutmasslich, ist die Effizienz in der Dübendorf nicht so schlecht und deshalb war es auch nicht ganz einfach, einfach so Optimierungspotenzial zu finden, ohne echte Leistungen, die notabene die

Bevölkerung beschlossen hat, die der Gemeinderat uns in den Auftrag gegeben hat, also der Gesetzgeber. Sie haben uns die Aufträge gegeben, wir haben das umgesetzt. Und es war auch so, dass bei der Nachbesprechung in der GRPK mit dem GRPK-Präsidenten und einer Vertretung vor etwa anderthalb Jahren zum Thema Leistungsüberprüfung, mir mitgeteilt wurde, dass auch die GRPK die Leistungsüberprüfung durchaus nicht nur gesehen hat im Sinne, Minderleistungen zu prüfen, sondern auch Mehrleistungen zu prüfen, Originalton des GRPK-Präsidenten. Ich war damals ein bisschen überrascht, denn ich habe die Motion tatsächlich, der Stadtrat hat sie ursprünglich anders verstanden, aber wir haben gespürt, dass der Wille auch offenbar beim Gemeinderat und bei der GRPK nicht mehr so gross ist. Arbeitsweigerung, glaube ich, wäre ein falsches Wort, aber ich möchte noch einmal festhalten: Ich spreche hier im Namen des Gesamtstadtrates und der Gesamtverwaltung. Und der Gesamtstadtrat und die Gesamtverwaltung sind zum Schluss gekommen, dass nicht genügend Wille da ist, um mehr umzusetzen als das, was wir im Rahmen der Budgetberatungen, bei denen wir die Ziele vorgeben im Bereich Investitionen, in den Möglichkeiten von Optimierungen, dass wir das machen können. Parallel wurden auch zusätzliche Leistungen beschlossen im Stadtrat, aus der Verwaltung heraus, aber auch im Gemeinderat. Und in diesem Sinne hat der Gesamtstadtrat und die Gesamtverwaltung das umgesetzt, was die grosse Mehrheit gewünscht hat. Es hat immer Minderheiten gegeben im Parlament, die das anders gesehen haben, aber wenn wir ein Hallenbad beschlossen haben, dann gab es eine Volksabstimmung und es wurde angenommen, das hat seinen Impact auf die Stadtfinanzen. Wenn wir diesen Saal hier – haben wir dem Volk vorgelegt – bewilligt wurde vom Volk, dann haben wir das umzusetzen. Die Mehrkosten, die in der laufenden Rechnung kommen in den beiden neuen Projekten, die kommen auf uns zu, die kann man nicht wegdiskutieren. Und das sind immer Mehrheiten gewesen und es ist jetzt nicht ganz lauter, wenn vielleicht die, die an gewissen Orten mehr sparen oder etwas nicht machen wollen, jetzt sagen, es sei eine Arbeitsverweigerung. Am Schluss sind es immer Mehrheitsentscheide, Gesamtentscheide. Und der Stadtrat tut das Beste, um mit den Finanzen der Stadt Dübendorf gewisshaft umzugehen. Was man heute vorher gehört hat, dass die Stadt sich quasi zu Tode spart, auch das ist nicht der Fall. Der Stadtrat geht sorgfältig mit den Finanzen um, er geht sorgfältig mit dem Budget um, im Interesse des Steuerzahlers.

Ich will doch betonen, dass wir in den letzten Jahren den Steuerfuss in Dübendorf um insgesamt 18 Steuerprozent reduziert haben. obwohl wir eine unterdurchschnittliche Steuerkraft haben und die Verschuldung von rund 120 Mio. Franken auf ein aktuelles Vermögen von rund 30 Mio. Franken abgebaut haben. Und das ist jetzt offenbar nicht alles nur schlecht gegangen und dann ist es halt schwieriger, wenn auch die Überschüsse, die kritisiert worden sind, wenn es der Stadt sehr gut geht, wenn es mehr Einnahmen gibt, ist es leider auch schwieriger, sich antizyklisch zu verhalten und dann erst recht liebgewonnene Leistungen zu hinterfragen, die die Mehrheit tatsächlich noch will oder zusätzlich will. Dann ist es Disziplin, die alle haben müssten, aber da ist das Parlament genauso gefordert und es kann nicht einseitig der Vorwurf an den Stadtrat und die Verwaltung gehen, dass wir da zu wenig umgesetzt hätten.

Der Wille hat auch da in diesem Parlament ganz klar leider, kann ich jetzt sagen, ein bisschen mehr gefehlt. Wenn wir mehr Rückendeckung gehabt hätten als Stadtrat bei der einen oder anderen Sache, vielleicht hätte dann auch das eine oder andere anders ausgesehen, aber das ist klipp und klar: Wir sind alle verantwortlich für das. Und trotzdem: die Stadt Dübendorf ist sehr effizient unterwegs. Es wird effizient mit den Mitteln umgegangen, das könnte man wahrscheinlich in einem Gemeindevergleich durchaus auch abholen, dass Dübendorf nicht besonders schlecht dasteht, insgesamt, sogar möglicherweise sehr gut. Ich bitte Sie in dem Sinn, dass wir das Gefühl haben, dass auch die Aufrechterhaltung des Postulats nichts bringt. Denn ich wüsste nicht, was mit dieser Aufrechterhaltung der Stadtrat anders hätte machen sollen als das, was er gemacht hat, dass er alles angeschaut hat und dort, wo er das Gefühl hatte, er komme zum Schluss, dass nichts zu machen ist in seiner Gesamtheit, entschieden hat, die Übung jetzt so dem Gemeinderat zurückzugeben. Nach dem Motto: das, was wir versucht haben, haben wir gemacht und das, was wir machen konnten,

haben wir umgesetzt und der Rest ist im Moment schlicht nicht umsetzbar. Das wären meine Ausführungen auch im Namen des Gesamtstadtrats."

Diskussion

Paul Steiner (SVP)

"Ich fasse mich ganz kurz, weil ich da eigentlich persönlich vom Finanzvorstand angesprochen wurde wegen des Gesprächs, das wir geführt haben. In diesem Gespräch ging es darum, und ich habe mich auch entsprechend geäussert, dass bei einer Leistungsüberprüfung eben alles angeschaut wird und dass es durchaus auch vorkommen kann, dass man bei einer Leistungsüberprüfung feststellt, dass irgendein Bereich nicht gut abgedeckt ist oder dass es da Bedarf gäbe, mehr zu machen. Das war die Aussage, die ich gemacht habe und jetzt natürlich die Schlussfolgerung zu ziehen, dass aus dieser Äusserung heraus kein Interesse da gewesen wäre an der Leistungsüberprüfung oder der Wille gefehlt hätte, die auch konsequent anzunehmen, das will ich doch zurückweisen."

Stefan Angliker (FDP)

"Das Postulat Leistungsüberprüfung hat dem Stadtrat ein in jeder Hinsicht sinnvoller und notwendiger politischen Auftrag erteilt. In seiner Postulatsantwort vom 11. Februar 2021 hat dann der Stadtrat auf seine bereits initialisierte interne Leistungsüberprüfung verwiesen, hat aber gleichzeitig betont, dass für die Zielerreichung eine tiefgreifende, flächendeckende Leistungsüberprüfung unter Einbezug einer externen Fachstelle durchzuführen sei. Das Postulat hat den Stadtrat zusätzlich in seiner Absicht bestärkt. Er hat eine fundierte Ist-Analyse über die Organisation der Stadtverwaltung in Aussicht gestellt und in einem zweiten Schritt hätte dann auch noch der Bereich der Primarschule sowie das Alters- und Spitexzentrum IMWIL einbezogen werden sollen. Heute, mehr als vier Jahre später können wir anerkennen, dass in ausgewählten Verwaltungsbereichen Verbesserungen hinsichtlich der Kostentransparenz sowie mittels sogenannten Quick-Wins durchaus auch einige Einsparungen realisiert werden konnten.

Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Stadtverwaltung effizient wirtschaftet und dass strukturelle Anpassungen gezielt dort vorgenommen worden sind, wo nachhaltige Verbesserungen möglich und sinnvoll gewesen sind. Weiter führt der Stadtrat aus, dass der Schlussbericht zur Leistungsüberprüfung zeige, dass die Stadtverwaltung mit einer hohen Budgetdisziplin arbeitet, sodass keine grundlegenden Defizite festgestellt worden sind. Er beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben, und zwar auch darum, weil aus Sicht des Stadtrats seitens der politischen Anspruchsgruppe eben kein starkes Interesse an den umfassenden Kosteneinsparungen vorhanden sei. Zudem würden bereits bestehende jährliche Budgetprozesse und die seit dem Jahr 2022 bestehende Schuldenbremse bereits als Lenkungsmassnahmen dienen. Die FDP-Fraktion ist damit nicht einverstanden. Zum einen ist es für uns nicht nachvollziehbar, wieso der Stadtrat entgegen seinem ursprünglichen Versprechen den Bereich Primarschule und Alters- und Spitex-Zentrum aussen vorgelassen hat. Auch in diesen beiden Verwaltungsbereichen mit mehreren Hunderten Mitarbeitenden ist aus unserer Sicht eine entsprechende Analyse angezeigt.

Zum anderen macht es sich der Stadtrat unseres Erachtens ein bisschen zu einfach, wenn er sich mit dem Argument der in der Stadtverwaltung vorhandenen Budgetdisziplin aus der Verantwortung nehmen will und der politischen Anspruchsgruppe die pauschale Schuld am mangelnden Willen für Kosteneinsparungen gibt. Das greift aus unserer Sicht ein bisschen zu kurz. Einerseits ist die Budgetdisziplin eine Selbstverständlichkeit und bedeutet nichts anderes, als dass das Budget eingehalten wird. Mit anderen Worten, mit der Budgetdisziplin allein realisiert man keine strukturellen Kosteneinsparungen. Und andererseits darf man vom Stadtrat als Exekutive erwarten, dass er selbst dann Leistungen und Ausgaben analysiert, wenn sie bislang dem politischen Auftrag entsprochen haben oder halt einmal als vermeintlich notwendig erachtet worden sind, ohne aber wirklich jemals hinterfragt worden zu sein.

Es gehört zur politisch-strategischen Führungstätigkeit, ohne nicht einfach alles auf ewig hinzunehmen, für was es einen politischen Auftrag und Anspruch gibt, sondern selber auch einmal

mutig Leistungen und Ausgaben zu hinterfragen und falls sinnvoll sich einmal für eine politische Kehrtwende zu entscheiden und dann dem Gemeinderat und dem Stimmvolk entsprechende Anträge zu unterbreiten. Wer eine konsequente Finanzpolitik befürwortet, erwartet nicht nur eine punktuelle, sondern eine umfassende und zwar nicht nur eine operative, sondern eben auch eine politisch-strategische Leistungsüberprüfung. Deshalb fordern wir den Stadtrat auf, den eingeschlagenen Weg nicht nur weiterzugehen, sondern die Leistungsüberprüfung als kontinuierlicher Bestandteil seiner Steuerungskultur zu verankern, mit klarer Priorität auf Effizienz und Einsparungspotenzial. Wenn es dafür in einem angemessenen Rahmen auch entsprechende externe Beratung oder Begleitung braucht, um einen genügenden Aussenblick zu ermöglichen, dann wären solche Kosten mit aller Wahrscheinlichkeit auch einmal eine lohnende Investition. Die FDP-Fraktion wird darum für die Aufrechterhaltung des Postulats stimmen."

Patrick Schärli (die Mitte/EVP)
"Die Mitte/EVP Fraktion hat seit Beginn der Diskussion über dieses Geschäft stehts betont, dass die Leistungsüberprüfung auf keinen Fall eine reine Sparübung darstellen darf, sondern klären soll, welche Leistungen für die Bevölkerung erbracht werden sollen und welche nicht und in welchem Ausmass.
Nach unserer Leseart des leider eher mager ausfallenden Stadtratbeschlusses hat das viel zu wenig stattgefunden. Für uns ging daher die Übung am Ziel vorbei und ist gescheitert. Entsprechend sind wir vom Stadtrat enttäuscht. Es ist eine verpasste Chance.
Die Schuldenbremse mit der Leistungsüberprüfung zu verknüpfen, wie es in der Beantwortung des Postulates steht, ist aus unserer Sicht der falsche Ansatz, da effektiv zu erbringende Leistungen nichts mit Schulden-Management zu tun haben.
Und zuletzt, sind wir verwundet über die Tatsache, dass Primarschule und Alterszentrum nicht teil der Analyse waren. Die beiden Bereiche gehören vom finanziellen Volumen her zu den massgeblichsten Abteilungen in unserem Stadthaushalt. Nur schon basierend auf dieser Tatsache, hätte eine Überprüfung sehr wohl Sinn gemacht.
Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Mitte/EVP bedauert, dass der Stadtrat die Chance verpasst hat, den Leistungsauftrag der Stadtverwaltung zu durchleuchten. Dies hätten sowohl Stadt- wie auch Gemeinderat gute Grundlagen für kommende Diskussionen gebracht. So treten wir bei vielen Debatten weiterhin an Ort und Stelle.
Wir erachten die Übung der Leistungsüberprüfung als gescheitert, stimmen aber dem Antrag auf Abschreibung zu."

Christian Gross (SP)
"Im Bericht, den der Stadtrat gegeben hat, können wir lesen: 'das Ziel, die Leistungen flächendeckend zu überprüfen, wurde erreicht'. Da klopft sich der Stadtrat, glaube ich, ein bisschen fest selbst auf die Schultern. Stimmt das denn eigentlich? Ich glaube nicht oder zumindest nicht in dieser Absolutheit. Diese Leistungsüberprüfung hat nämlich einen Blindenfleck gehabt, einen Blindenfleck, der so gross ist, dass der Titel des Postulats ein bisschen zur Farce wird oder eigentlich, wenn wir ehrlich sind, schon immer gewesen ist. Die Leistungen sind nämlich nicht ideologiefrei überprüft worden. Das ganze Projekt wird vom Postulanten bis zum Stadtrat bis jetzt halt zu dem Bericht, den wir haben, von einer Grundannahme durchzogen. Es ist die absurde Grundannahme, dass die Überdurchfalt eher zu viel und nicht zu wenig Leistungen erbringt.
Und darum ist eine zentrale Frage fast überhaupt nicht gestellt worden. Leisten wir genug? Die Frage hat natürlich dann diverse Spielarten, oder? Also machen wir genug, um mit dem demografischen Wandel umzugehen? Ist unsere Verwaltung stark genug aufgestellt, um die vielen und stetig wachsenden Aufgaben zu erfüllen, ohne noch ein Burnout zu bekommen? Haben wir genug gemacht, um die Schwächsten in der Gesellschaft zu integrieren? Leisten wir genug für eine lebende Kultur und machen wir genug, um die Dübendorferinnen und Dübendorfer vor den Folgen des Klimawandels – nach den letzten Wochen muss ich, glaube ich, nicht mehr ausführen, was das

heisst – zu schützen? Wer eben nicht die richtigen Fragen stellt, der bekommt dann auch eher mittelmässige Antworten und so ist es jetzt zu diesem Bericht gekommen.
Trotz dieser Kritik wird der SP der Abschreibung, die der Stadtrat beantragt, zustimmen, und zwar, weil wir einfach nicht glauben, dass mit so einer grundlegenden, ja, verkorksten Grundannahme, dass man dann noch, wenn man noch einmal darüber geht, dass es dann viel besser würde. Zum Abschluss noch ein Wort an die SVP. Wenn ihr radikale Ausgabesenkungen wollt, ist das natürlich in eurem guten demokratischen Recht, das zu fordern. Aber dann fordert ihr es doch direkt und braucht nicht irgendwelche Euphemismen wie Leistungsüberprüfung. Und beklagt euch nachher, wenn halt eine noch ergebnisoffene Leistungsüberprüfung gemacht wird und dann eben nicht eine radikale Ausgabensenkung dabei herauskommt."

Julian Croci (Grüne)
"Nach langer Zeit sind jetzt die Resultate dieser Leistungsüberprüfung da, also beziehungsweise nicht, denn ein grösserer abschliessende Bericht, indem man wirklich sehen könnte, wie viel man denn hätte sparen können, liegt dem Gemeinderat, geschweige denn der Bevölkerung, gar nicht vor. Aber sei es darum. Es ist schön zu hören, dass die Verwaltung bereits kosteneffizient und jetzt noch ein bisschen kosteneffizienter arbeitet. Mehr erfahren wir aber nicht vom Stadtrat. Dabei wäre es durchaus auch interessant, mehr über die Wahrnehmung der Mitarbeitenden und der Bevölkerung zu erfahren. Sind die Quick-Wins, die man jetzt gehabt hat, nur positive Effekte im Budget oder auch in der Mitarbeitendenzufriedenheit? Das wäre ja wichtig. Schlussendlich ist in der Zeit dieser Leistungsüberprüfung doch auch eine klare Bekundung der Mitarbeitenden gefallen, dass Unzufriedenheit da ist oder war.
Jetzt mit der neuen ABVO bemüht sich der Stadtrat durchaus, attraktiver zu werden für die Angestellten der Stadt Dübendorf. Wir hoffen, dass der Stadtrat das schon auch in Zukunft mitnimmt. Und bei der Entwicklung der Stadtverwaltung nicht nur finanzielle Effizienz, sondern auch die Zufriedenheit der Mitarbeitenden und der Bevölkerung im Zentrum steht. Und damit es am Schluss dann nicht heisst: 'die Legislative gibt vor, die Exekutive setzt um und die Verwaltung läuft davon."

Patrick Walder (SVP)
"Ich möchte nur noch auf zwei ganz kleine Punkte eingehen. Der Stadtrat hat gesagt, er habe die Rückendeckung nicht gespürt, gerade wenn es um Projekte gehe wie Hallenbad und wie das Zentrum hier. Ich möchte einfach daran erinnern, die Anträge sind immer vom Gesamtstadtrat gekommen, also er wollte das. Er hat das dann auch vor dem Volk vertreten, der Gesamtstadtrat selbstverständlich. Und dann sagen, das Parlament habe zu wenig Rückendeckung bei Sparübungen gegeben, ist relativ schwierig. Der Stadtrat gewinnt ja hier drin fast jede Abstimmung. Man kann unzufrieden sein mit der Umsetzung des Postulats, aber der Stadtrat beantragt die Abschreibung, also ist man auch für die Abschreibung. Und man kann vielleicht auch ein bisschen unzufrieden sein mit der Jahresrechnung, aber der Stadtrat beantragt die Genehmigung, dann ist man auch für die Genehmigung.
Der Stadtrat gewinnt ja hier drin fast alles und nachher sagt er, er habe keine Rückendeckung. Und wenn man dann den Mut hat, einmal etwas kritisch zu hinterfragen, dann wird einem fehlende Kompromissbereitschaft vorgeworfen. Das ist dann die Rhetorik. Es ist sehr bedauerlich, wenn das Postulat jetzt einfach so stirbt, denn ich bin überzeugt, es wäre sehr wichtig für Dübendorf. Und ich möchte an den Sprecher der SP einfach betonen, wenn man in den Protokollen der vergangenen Diskussionen zu diesem Geschäft nachschaut, haben wir uns eben genau ergebnisoffen gezeigt. Wir haben gesagt, wir fürchten, dass auch die Möglichkeit besteht, dass in gewissen Bereichen erkannt wird, dass die Leistungen nicht ausreichend oder die Leistungen anders sind oder man gewisse Aufstockungen machen soll.
Wir wollten einfach, dass man es anschaut, wie es die Stadt Dübendorf unter der Leitung schon einmal des Finanzvorstands, aber vor allem durch selbstverständlich immer der Gesamtstadtrat erfolgreich gemacht hat. Das ist einfach schon sehr, sehr, sehr lange her. Und leider konnte man den

damaligen Erfolg nicht anpacken, warum auch immer. Sodass wir jetzt eigentlich, und da müssen wir ehrlich sein, vor einem Ergebnis stehen, das kein Ergebnis ist."

Martin Bäumle (glp/GEU), Finanzvorstand

"Zuerst möchte ich mich an die rot-grüne Seite wenden. Selbstverständlich ist dem Stadtrat insbesondere die Zufriedenheit und die Anliegen der Bevölkerung im absoluten Zentrum, aber selbstverständlich als Exekutive, die eine Verwaltung führt, auch diejenigen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadthauses, und er handelt auch entsprechend, und ich glaube, auch im Parlament ist das angekommen. Da kann ich Sie beruhigen. An die Seite SVP-FDP-Mitte. Ich habe Verständnis für die Kritik, dass man nicht glücklich ist, dass der Stadtrat mit dem Postulatsbericht jetzt gekommen ist, wie das hier drinsteht. Und der Stadtrat nimmt das an. Es ist aber noch wichtig, zu allen Sachen zu sagen, was bleibt. Es ist angetönt worden von einzelnen Sprechern.

Eine Leistungsüberprüfung ist eigentlich eine Daueraufgabe. Das heisst, in jedem Budgetprozess ist es daran, Leistungen anzuschauen und dann halt eben auch dort, wo man neue Sachen einführt, zu überlegen, gibt es Punkte, die man allenfalls anders oder nicht erfüllen muss. Wenn das Personal weggeht, auch zu überlegen, braucht es diese Aufgabe noch genau gleich. Und das ist etwas, das der Stadtrat in den letzten Jahrzehnten immer gemacht hat und auch weiterhin machen wird. Er hat auch kürzlich bezüglich IR eine Priorisierung beschlossen, die auch klare Vorgaben macht, aber auch jährlich im Rahmen des Budgetprozesses angeschaut werden soll. Auch dort wird der Gemeinderat in Zukunft mehr sehen und kann da dann auch seine Inputs im Rahmen der Prüfung des Budgets geben, ob die Priorisierung - alles miteinander oder alles nacheinander – ob das auch der Gemeinderat so sieht.

Und auch die Schuldenbremse ist ein Instrument, das einen Impact hat, sowohl auf die laufende Rechnung als auch auf die Investitionsrechnung und den Stadtrat primär verpflichtet, behördenverbindlich so zu handeln. Das Parlament eigentlich auch, aber wenn das Parlament sich nicht daranhalten würde, hätte es wahrscheinlich keine Klagemöglichkeit. Aber der Stadtrat ist verpflichtet, Schuldenbremsenkonform eine Berichterstattung zu machen. Also in dem Sinn hat das auch einen Impact. Ich will jetzt aber noch etwas sagen zu den zwei Bereichen, die kritisiert wurden, man hätte dort nichts gemacht. Zuerst zur Primarschule. Bereits als die Leistungsüberprüfung gestartet wurde, hat die Primarschule mitgeteilt, dass sie bereits eine Leistungsüberprüfung intern in ihrem Bereich gemacht hat und der Stadtrat hat zum damaligen Zeitpunkt gedacht, ja gut, das ist jetzt die, die sie selbst gemacht haben. Wir werden dann später allenfalls tatsächlich noch einmal eine Zweite darüber machen.

Aber wie ich gesagt habe, aufgrund der Situation, wie sie sich entwickelt hat, fanden wir, nachdem die Primarschule das auch mit einer Begleitung schon angeschaut hat, jetzt noch einmal zu beüben in dieser Situation ist nicht sehr zielführend, weil wir auch im Rahmen der Budgetentwicklung gesehen haben, dass die Schule durchaus sorgfältig budgetiert in den meisten Punkten und aber ein Wachstum hat an Aufgaben, an Schülerinnen und Schüler, an Schulhäuser, an Ausbauten, aber auch dort bereits bei den Investitionen die eine oder andere sehr clevere Lösung weiterzuentwickeln begann, die kosteneffizienter ist. Also durchaus: die Primarschule hat nicht einfach nichts gemacht, sondern sie hat im laufenden Prozess eigentlich gehandelt und darum hat dann der Stadtrat eine weitere externe Überprüfung nicht als wahnsinnig sinnvoll erachtet.

Zum IMWIL muss man das Gleiche festhalten. Wir haben laufende Kostensteigerungen, unter anderem Personalkosten, unter anderem durch die Pflegefinanzierung, da werden nationale Gesetze oder Umsetzungen von Initiativen gemacht, die Folgekosten haben für uns. Wir müssen auch klar sagen, dass das Normdefizit bezüglich Ergänzungsleistungen und Pflegefinanzierung – ich berichte das im Budget jeweils gerne – jedes Jahr ansteigt. Das heisst, das Rest-, nicht das -defizit, sondern die Normkostenabweichung, die muss die Gemeinde übernehmen, und zwar unabhängig davon, ob die Menschen im Alters- und Spitexzentrum in Dübendorf, im IMWIL sind oder irgendwo anders. Es ist sogar so, dass wir möglicherweise für die Auswertigen mehr zahlen als für die, die bei uns sind.

Da haben wir allenfalls sogar die bessere Kostenstruktur. Ich möchte aber auch betonen, dass in den letzten Jahren, und zwar in den letzten wenigen Jahren, das Alters- und Spitexzentrum unter der neuen Leitung schrittweise auf der Ertragsseite auch Steigerungen eingebracht hat.
Wir haben nach langen Jahren, als wir das nicht fertiggebracht haben, eine faire Miete, die sie entsprechend zur Nutzung des Grundstücks zahlen, ist in ihren Aufwendungen drin. Und trotzdem haben sie in den letzten zwei, drei Jahren deutlich bessere Resultate präsentieren können als budgetiert und aus dem Betrieb selbst einen Überschuss generieren. Also auch dort sieht man eine Effizienzentwicklung, die sich in den letzten wenigen Jahren markant verbessert hat und auch da hatten wir das Gefühl, aufgrund der Budgetierung und der Rechnungsdiskussionen, es sei nicht nötig, noch einmal eine externe Überprüfung zu machen, um zu wissen, wo könnte man jetzt in diesem Alters- und Spitextremum allenfalls noch ein bisschen mehr Personal drücken oder das machen, denn die Kernzahlen kannten wir ja.
Also ich will ganz klar betonen, dass die beiden Bereiche, die wir hier ausgenommen haben oder nicht mehr detailliert überprüft haben, in sich im Rahmen von internen, ohne externen Kosten, da sind wir durchaus zum Schluss gekommen, dass dort die Effizienzmassnahme genügend ist oder sogar zum Teil deutlich verbessert worden ist, wie IMWIL, wie ich jetzt gerade geschildert habe. Ich will das einfach zur Ehrrettung sagen von diesen beiden Bereichen, die jetzt quasi heute etwas drangekommen sind, die hätten gar nichts gemacht. Man hat durchaus in diesen Gesprächen da auch einiges erreicht. In dem Sinne sage ich noch einmal zur Aufrechterhaltung des Postulats: ich habe Verständnis dafür, dass man nicht zufrieden ist mit dem Bericht, aber es wird nichts bringen, denn das, was wir umsetzen konnten, haben wir gemacht. Sonst müssen Sie ganz konkret sagen, wo welche Leistung man nicht mehr will. Und bei zukünftigen Leistungen dann auch im Parlament entsprechend das beantragen und dann entsprechend wird es Entscheidungen geben. So wie der Gesamtstadtrat eine Entscheidung fällt, ist es auch der Gesamtgemeinderat, der eine Entscheidung fällt und es ist das Gesamtvolk, das Entscheidungen fällt."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung
Der Gemeinderat beschliesst mit 21 zu 14 Stimmen, das Postulat von Patrick Walder (SVP) und 10 Mitunterzeichnenden zur "Leistungsüberprüfung" abzuschreiben. Damit ist das Geschäft Nr. 150/2019 abschliessend behandelt.

6. Ersatzwahl eines KSG-Mitglieds für Rafa Tajouri (FDP) GR Geschäft Nr. 18/2025

Aufgrund des Rücktritts von Rafa Tajouri (FDP) aus der Kommission für Schulgeschäfte (KSG) ist eine Ersatzwahl durchzuführen.

Roland Wüest (SP), Präsident der Interfraktionellen Konferenz
"Der Wahlvorschlag der IFK für den Rücktritt von Rafa Tajouri (FDP) ist Sabine Meier (FDP)."

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Da zum Vorschlag der interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge eingereicht wurden, erklärt Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) gemäss Art. 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates Sabine Meier (FDP) als Mitglied der KSG ab 1. August 2025 bis zum Rest der Amtsdauer 2022-2026 als gewählt und wünscht ihr eine interessante Kommissionstätigkeit.

7. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2025/2026

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP)

"Das ist der Moment für einen kurzen Rückblick von mir.

Und da kann ich auch noch gleich sagen, warum es jetzt keine Pause gibt, das ist nämlich Ausdruck und implizite Kompetenz des Ratspräsidenten, über allgemeine Pausen zu entscheiden und weil wir heute ja noch einen Apéro einnehmen wollen, ziehen wir das Ganze jetzt noch ein bisschen durch. An dieser Stelle geht aber tatsächlich mein Jahr als Ratspräsident ja schon zu Ende. Das ist wirklich ein abwechslungsreiches und intensives Jahr gewesen, eine grosse Ehre für mich und ich bin davon überzeugt, dass auch alle meine bisherigen 50 Vorgängerinnen und Vorgänger diese einmalige Erfahrung sicher nicht würden missen wollen. Besonders wertvoll war für mich der Einblick in die Arbeit unserer Stadtverwaltung, das persönliche Kennenlernen von vielen Mitarbeitenden, die sich Tag für Tag für unsere Stadt einsetzen.

Mir war dabei wichtig, das gegenseitige Verständnis füreinander zu fördern, gerade weil es ja zwar sicher motivierend ist oder zumindest sein müsste, für das Gemeinwesen zu arbeiten, weil es aber auch immer einmal wieder recht herausfordernd sein kann, dass man das in einem politischen Umfeld machen muss, indem es eben nicht nur einfach Vorgesetzte gibt wie in einer Firma, sondern auch politische Entscheide, die man akzeptieren und umsetzen muss. Eine grosse Freude waren für mich natürlich auch all die vielen persönlichen Begegnungen während des ganzen Jahres, natürlich gerade auch während des Dübifests und im September natürlich dann auch der Gemeinderatsausflug in meinen zweiten Heimatkanton Glarus. Diese Schulreise des Gemeinderates zusammen mit den Mitgliedern des Stadtrats, bot allem voran die Möglichkeit, sich über die Parteigrenze hinaus persönlich kennen und schätzen zu lernen.

Vielleicht ist so ein Ausflug am Ende dann eben vielleicht nicht weniger wichtig als die eigentlich politische Arbeit. Echte Horizontenweiterungen waren meine Besuche an verschiedenen Anlässen vieler Dübendorfer Vereine. Bei meiner Teilnahme am Skateathon des EHC Dübendorf zum Beispiel habe ich mir einen regelrechten Muskelkater eingefangen. Einer meiner Sponsoren hat sogar gemeint, man müsste mir eigentlich nicht pro Runde einen Betrag zahlen, sondern für jeden meiner Stürze auf dem Eis. Das konnte ich dann immerhin vermeiden. An dieser Stelle muss ich neidlos anerkennen, dass auch unser Stadtpräsident beim Rundenfahren auf dem Eis eine eindrückliche Leistung geboten hat und ich muss ehrlicherweise auch zugeben, dass das auch für Lukas Schanz gilt, er hat mich x-fach überholt, aber Lukas, diese Revanche machen wir nicht auf dem Eis, da hätte ich keine Chance, die kommt dann ab September auf dem politischen Parkett.

Im nächsten Jahr werde ich übrigens wieder am Skateathon teilnehmen und ich möchte an dieser Stelle allen Gemeinderatsmitgliedern ans Herz legen, bei unseren Vereinen präsent zu sein und sich auf die eine oder andere Weise an diesen Veranstaltungen auch zu engagieren. Mit meinem Amtsantritt sind wir vom katholischen Pfarreizentrum Leepünt hierhin in den Speicher umgezogen, ein Wechsel, der dank unseren Behördendiensten und auch dank den Mitarbeitenden der Oberen Mühle reibungslos verlaufen ist. Mit meinem Amtsantritt ist aber auch der personelle Wechsel im Gemeinderatssekretariat vonstattengegangen. Ich möchte an dieser Stelle auch unserer Gemeinderatssekretärin Friederike Häfeli und auch ihrer wegen Ferien heute nicht Anwesenden Stellvertreterin Aline Helbling ein dickes Lob aussprechen. Die beiden haben nämlich quasi von null auf hundert eine für sie komplett neue Arbeit und Funktion übernehmen müssen, ohne die unser Parlamentsbetrieb nicht funktionieren würde. Vielen herzlichen Dank dafür, liebe Friederike und auch zuhanden von Aline und auch allen Mitarbeitenden der Behördendienste. Sehr herzlich danken möchte ich auch für die konstruktive Zusammenarbeit im Ratsbüro, aber natürlich auch meinen Fraktionskollegen und nicht zuletzt auch meinem Ehemann für seine Unterstützung und für sein Verständnis, was nicht immer völlig selbstverständlich ist. Nach der Wahl von meinem designierten

Nachfolger werde ich jetzt dann schon sehr bald in ein paar Minuten ohne weiteres Aufsehen meinen Platz frei machen und wieder ganz hinten im Saal Platz nehmen. Und den Spick, auf dem die Sachen zum Ordnungsruf stehen, kann ich bereits meinem Nachfolger übergeben. Da bin ich froh, dass ich das nicht mehr zücken und zur Anwendung bringen muss. Ich danke Ihnen allen herzlich und das Wort hat jetzt, wie ich gehört habe, noch unser Stadtpräsident."

Stadtpräsident André Ingold (SVP)
"An der Gemeinderatssitzung vom 1. Juli 2024 wurdest du damals noch im katholischen Pfarreizentrum Leepünt mit dem hervorragenden Ergebnis von 30 Stimmen zum höchsten Dübendorfer gewählt. Man muss wissen, es waren damals nur 33 Gemeinderatsmitgliederinnen und Mitglieder anwesend.
In deiner Amtszeit, Roger, hast du den Wechsel vom Sitzungsort vom katholischen Pfarreizentrum ins Leepünt in den Speicher der Oberen Mühle durchgeführt und ich darf sagen, der Umzug hat wunderbar geklappt, aber ich weiss, du hast es vorher schon gesagt, das hast natürlich nicht du alles verbrochen, sondern da hattest du ganz viele helfende Hände.
Es ist aber doch die Frage, ob es am neuen Sitzungsort, der Anzahl der Geschäfte oder an der effizienten Sitzung lag, dass so wenige Gemeinderatssitzungen wie schon lange nicht mehr in deinem Amtsjahr als Gemeinderatspräsident stattgefunden haben. Im Amtsjahr 2024/2025 fanden lediglich acht Sitzungen und somit zwei Sitzungen weniger als geplant statt, obwohl es im Dezember mit zwei Gemeinderatssitzungen sogar eine zusätzliche Sitzung gegeben hat.
Am 20. September 2024 führte der Gemeinderatsausflug in deine zweite Heimat Glarus. Zunächst konnten wir bei schönstem Herbstwetter ein Apéro im Garten des Freulerpalastes in Näffels einnehmen. Anschliessend erhielten wir bei einer super Führung im Palast Einblicke in die neuzeitliche Geschichte des Glarnerlandes. Besonders eindrücklich war der anschliessende Besuch des neuen Anna-Göldi-Museums in Ennenda, wo wir in einer sehr interessanten Führung und Vortrag mehr über den letzten europäischen Hexenprozess erfahren durften. Der Ausflug klang bei einem Glarner-Menü mit Chalberwurst und Zieger mit wunderschönem Blick auf den Klöntalersee in der Schwammhöhe aus. Vielen Dank Roger für die Organisation dieser interessanten und kurzweiligen Vorträge und des superschönen Ausflugs!
Während deines Amtsjahres hattest du als Präsident die Behandlung einiger bedeutender Geschäfte zu leisten, so z.B. verschiedene umstrittene Volksinitiativen wie "Mitbestimmung bei Temporeduktionen, aber auch Geschäfte zu einigen notwendigen zukünftigen Projekten wie der Projektierungskredit für die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Gockhausen oder der Baukredit für den Temporärer Schulraum Sonnenberg in Höhe von Fr. 7'177'000.00.
Du warst in deinem Amtsjahr ein bürgernaher Gemeinderatspräsident, der versucht hat, an möglichst vielen Veranstaltungen selbst anwesend zu sein, um mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten. Und im Frühsommer hast du eine Besichtigung mit anschliessendem Grillabend im Bauhof organsiert, der sehr gut besucht war und auch gut angekommen ist. Leider musste ich mich kurzfristig abmelden und konnte mich so nicht selbst davon überzeugen.
Acht Sitzungen und fast genau ein Jahr später endet jetzt also dein Amtsjahr, als höchster Dübendorfer und du wirst schon in wenigen Minuten deinen zukünftigen Sitzplatz wieder bei der FDP-Fraktion einnehmen.
Zuvor möchte ich dir aber im Namen aller Dübendorferinnen und Dübendorfer und besonders des Gemeinderates und des Stadtrates ganz herzlich für den grossen Einsatz während deines Jahres als Gemeinderatspräsident danken! Du hast dieses Amt immer mit viel Freude, Begeisterung und Elan ausgeführt. Dein enormes rechtliches Wissen war in vielen Bereichen von grossem Vorteil und auch dein kritischer Blick auf viele Prozesse hat den Parlamentsbetrieb nachhaltig bereichert.
Nun freue ich mich, dass ich dir dafür ein Geschenk als Erinnerung an dein Präsidialjahr übergeben darf und dafür komme ich ganz schnell runter.

***
Stadtpräsident André Ingold (SVP) überreicht dem bisherigen Gemeinderatspräsidenten Roger Gallati (FPD) vor dem Bock ein Geschenk
***

Damit Roger weiterhin Bestens für die Parlamentsarbeit gerüstet ist, hat er sich den Kommentar zum Zürcher Gemeindegesetz in zweiter Auflage gewünscht. Diese ist druckfrisch im Juni 2025 erschienen. Damit die Lektüre aber nicht all zu trocken ist, haben wir ihm noch eine Kiste Wein beigelegt, damit er es auch verdauen kann."

7.1 Wahl Gemeinderatspräsidentin oder Gemeinderatspräsident 2025/2026 GR Geschäft Nr. 14/2025

Roland Wüest (SP), Präsident der Interfraktionellen Konferenz
"Im Namen der Interfraktionellen Konferenz schlage ich Ihnen den bisherigen 1. Vizepräsidenten, Christian Meyer (glp/GEU), zur Wahl zum Präsidenten vor."

Anträge aus dem Gemeinderat
Keine

Diskussion
Keine

1. Wahlgang
Abtretender Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP)
"Gestützt auf Art. 71 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist die Wahl geheim durchzuführen. Im ersten und im zweiten Wahlgang gilt das absolute Mehr. Im dritten Wahlgang gilt das relative Mehr. Jetzt werden die Wahlzettel blockweise verteilt und anschliessend wieder eingezogen. Für die Durchführung der geheimen Wahlen ist vorgesehen, dass Michèle Thurnherr, neue Leiterin der Behördendienst, Roger Rechsteiner, Teamleiter Stab und Stv. Leiter Bevölkerungsschutz sowie E-Team und Stadtschreiber Mathias Vogt die Stimmenzählenden als Helfer unterstützen. Vielen herzlichen Dank vorweg dafür.

Ich bitte die drei Stimmenzählenden nach dem Einsammeln der Wahlzettel für das Auszählen auf die Bühne zu kommen.
Damit die Wahlen und die Sitzung effizient abgehalten werden können, bittet Sie das Ratsbüro, falls Sie den Saal verlassen, jeweils nach 5 Minuten zurückzukommen.

Nach der Einsammlung der Wahlzettel wird jeweils durch den Gong angezeigt, dass die Sitzung unterbrochen ist. Das Ende der Pause wird wiederum durch einen Gong signalisiert.
Ich bitte die Helfer jetzt die Wahlzettel zu verteilen."

***
Gong ertönt, Sitzungsunterbruch
***

Auszählung gemäss separatem Wahlprotokoll.

Zahl der Stimmberechtigten	36
Zahl der abgegebenen Stimmzettel	36
Zahl der leer eingelegten Stimmzettel	2
Ungültige Stimmen	0
Massgebende Stimmenzahl	34
Vereinzelte Stimme	0
Absolutes Mehr	18

Beschluss
Christian Meyer (glp/GEU) ist mit 34 Stimmen zum Gemeinderatspräsident für das Amtsjahr 2025/26 gewählt.

Der abtretende Gemeinderatspräsident gratuliert dem neugewählten Gemeinderatspräsidenten Christian Meyer (glp/GEU) und überreicht ihm einen Blumenstrauss.

Christian Meyer (glp/GEU), Gemeinderatspräsident für die Amtsdauer 2024/25
"Ich möchte mich bei euch allen für das entgegengebrachte Vertrauen und die Wahl als Gemeinderatspräsident bedanken. Ich freue mich sehr über die Wahl in dieses Amt und auf das anstehende Amtsjahr.
Ich möchte mich auch bei den Dübendorferinnen und Dübendorfer, die das mit meiner Wahl in den Gemeinderat überhaupt ermöglicht haben, bedanken. Weiter möchte ich mich auch bei meinen Parteikolleginnen und -kollegen bedanken für die Unterstützung und das Vertrauen. Gerne danke ich auch meinem Ehemann Lukas, für deine Hilfe, dein Verständnis und die gemeinsame Zeit. Speziell danke ich dir auch, dass du immer als Sparring Partner für politische Diskussionen zur Verfügung stehst, auch wenn es dich nicht immer so sehr interessiert wie mich. Auch danke ich meiner Familie und Freunden für ihre Unterstützung auf meinem Weg und dafür, dass ihr heute Abend hier dabei seid oder von zu Hause aus zuschaut.
Wie üblich möchte ich mich in meiner Antrittsrede kurz vorstellen. Geboren und aufgewachsen bin ich in Herisau im Kanton Appenzell Ausserrhoden. Hier also schon ein erster Hinweis, wohin uns der diesjährige Gemeinderatsausflug führen wird. Manche kennen Herisau vielleicht als Durchfahrtsdorf auf dem Weg auf die Schwägalp. Ich bin immer wieder erstaunt wie viele Leute Herisau aus diesem oder anderen Gründen kennen. Ich bin dann an die Kantonsschule in Trogen. Nach der Kantonsschule zog es mich für das Studium der Bewegungswissenschaften nach Zürich in die grosse Stadt, wo ich ein komplett neues Umfeld kennenlernen durfte. Ich habe mich schnell eingelebt und mein Lebensmittelpunkt hat sich verschoben. Neben Zürich konnte ich während meinem Studium auch Calgary in Kanada während einem Praktikum kennenlernen. Im Studium habe ich dann meinen jetzigen Ehemann kennengelernt und nach dem Studium begannen wir beide ein Doktorat und wollten zusammenziehen. Nach langer Recherche haben wir uns dann für Dübendorf entschieden. Die Gründe waren hauptsächlich praktischer Natur und so sind wir dann 2017 im neuen Hochbord-Quartier in Dübendorf gelandet. Als lustige Anekdote kann erwähnt werden, dass bereits mein Vater - er ist heute auch im Publikum - als Kind in Dübendorf gewohnt hat, bevor seine Familie in den Kanton Appenzell Ausserrhoden gezogen ist. Nachdem ich mit meinem Ehemann ins Hochbord gezogen bin, haben wir dann herausgefunden, dass meine Urgrossmutter, die ich nie kennenlernen durfte, wenige hundert Meter von unserer jetzigen Wohnung entfernt gelebt hatte. Eventuell zählte sie somit zu einer der ersten Hochborderinnen überhaupt und wenn ich an Übernatürliches glauben würde, könnte ich meinen es wäre Bestimmung, dass ich nun im Hochbord gelandet bin.
Nach meinem Doktorat in der medizinischen Forschung habe ich dann bei einer Krankenversicherung zu arbeiten begonnen und bin dort aktuell immer noch tätig, mittlerweile als Teamleiter im Produktmanagement. Ebenfalls mit dem Ende der Ausbildung habe ich begonnen mich intensiver mit

Politik und auch mit Dübendorf zu beschäftigen. Schon lange habe ich mich politisch sehr interessiert war aber noch nicht selbst aktiv. Dank Smartvote bin ich schlussendlich zur glp gestossen. An dieser Stelle nochmals danke an die glp Dübendorf für das Vertrauen und die Aufnahme auf die Liste, was mir die Wahl in den Gemeinderat 2022 ermöglichte. Wie erwähnt habe ich mich nach der Ausbildung nicht nur vermehrt mit Politik beschäftigt, sondern auch mit Dübendorf. Mein Fokus lag dann nicht mehr nur in Zürich, wie das zu Beginn vielleicht bei vielen Hochbord-Bewohnenden ist. Wir sind heute viel in Dübendorf unterwegs und haben Dübendorf als Wohnort sehr schätzen gelernt. Wir wohnen heute nicht mehr nur aus praktischen Gründen in Dübendorf, sondern auch, wie ich gesagt habe, weil wir Dübendorf zu schätzen gelernt haben. Aus meiner Sicht zeigt das, wie die neuen Quartiere in Dübendorf hineinwachsen und ich freue mich besonders, einer der Gemeinderatspräsidenten aus den neueren Quartieren von Dübendorf zu sein.
Privat habe ich gerne viel los und bewege mich gerne, sowohl Drinnen und auch Draussen in der Natur. Im Sommer bin ich darum oft in den Bergen anzutreffen beim Wandern und im Winter gerne auf den Langlaufski. Eine weitere Leidenschaft von mir ist das Reisen. Gerne entdecke ich Orte, andere Länder uns lerne Neues. Da bin ich eher nicht beim Relaxen am Strand anzutreffen, sondern beim Herumreisen und wir mögen besonders Zug- und Autoreisen. Ich finde es immer wieder spannend, wie weit man mit dem Zug kommen kann, ein Verkehrsmittel, das man meistens nur für kurze Strecken braucht. Natürlich braucht man Zeit dafür, aber in den Ferien nehmen wir uns diese Zeit.
Nicht nur beim Reisen lerne ich gerne Neues, ich beschäftige mich generell sehr gerne mit Neuerungen und Innovationen. Für mich ist es besonders wichtig, mich stetig weiterzuentwickeln und aus meiner Sicht gilt das auch für uns als Gesellschaft. Dabei sollen Bestehendes und Traditionen stets berücksichtigt werden. Meiner Meinung nach sollte Bewährtes und Neues vermischt werden, um optimale Lösungen zu finden. Da kommen wir wieder zurück zu Dübendorf und den verschiedenen Quartieren und exemplarisch sehen wir das hier, dass die etablierten Quartiere und die neueren Quartiere unterschiedliche, aber auch gemeinsame Bedürfnisse haben.
Weiter kann häufig durch die Vermischung von Bewährtem und Neuem auch Konsens geschaffen werden. Konsens-Lösungen sind für mich ein sehr wichtiger und zentraler Wert. Mit Respekt dem Gegenüber zu begegnen, andere Sichtweisen zu verstehen und schliesslich zu einem Konsens beitragen sind für mich sehr wichtige Vorgehensweisen im Leben. Darum finde ich das auch in der Politik sehr wichtig und gerne werde ich das in meiner politischen Tätigkeit und in meinem Amtsjahr berücksichtigen. Leider stehen Konsens-Lösungen gerade in der heutigen Zeit nicht immer im Fokus. Darum ich freue mich auf die Sitzungen mit respektvollen, lösungsorientierten, sachlichen politischen Diskussionen. Ein Miteinander für Konsens-Lösungen für Dübendorf im Auftrag aller Dübendorferinnen und Dübendorfer.
In dem Sinne danke ich erneut für die Wahl in das Amt als Gemeinderatspräsident, welches ich mit Gewissenhaftigkeit ausüben werde. Ich freue mich sehr auf dieses Amtsjahr und darauf Neues zu lernen und auch neue Seiten von Dübendorf und weitere Dübendorferinnen und Dübendorfer kennenzulernen.
Vielen Dank für die Aufmerksamkeit zu meiner Vorstellung bei meiner Antrittsrede."

7.2 Wahl 1. Vizepräsidentin oder Vizepräsident 2025/2026 GR Geschäft Nr. 15/2025

Roland Wüest (SP), Präsident der Interfraktionellen Konferenz
„Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen den bisherigen 2. Vizepräsidenten, Julian Croci (Grüne), zur Wahl zum 1. Vizepräsidenten vor.“

Anträge aus dem Gemeinderat
Keine

Diskussion
Keine

1. Wahlgang
Neugewählter Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU)
"Gestützt auf Art. 71 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist auch diese Wahl geheim durchzuführen. Im ersten und im zweiten Wahlgang gilt das absolute Mehr. Im dritten Wahlgang gilt das relative Mehr. Jetzt werden die Wahlzettel blockweise verteilt und anschliessend wieder eingezogen.
Ich bitte die drei Stimmenzählenden nach dem Einsammeln der Wahlzettel für das Auszählen auf die Bühne zu kommen. Wenn Sie während des Auszählens den Saal verlassen, bitte ich Sie, nach fünf Minuten zurückzukommen. Ich bitte die Helfer jetzt die Wahlzettel zu verteilen."

***
Gong ertönt, Sitzungsunterbruch
***

Auszählung gemäss separatem Wahlprotokoll.

Zahl der Stimmberechtigten	36
Zahl der abgegebenen Stimmzettel	36
Zahl der leer eingelegten Stimmzettel	4
Ungültige Stimmen	0
Massgebende Stimmenzahl	32
Absolutes Mehr	17

Beschluss
Julian Croci (Grüne) ist mit 32 Stimmen für das Amtsjahr 2025/26 zum 1. Vizepräsidenten des Gemeinderates gewählt.

Ratspräsident Christian Meyer (glp/GEU) gratuliert dem neugewählten 1. Vizepräsidenten und überreicht ihm einen Blumenstrauss. Julian Croci (Grüne) nimmt den Platz des 1. Vizepräsidenten ein.

7.3 Wahl 2. Vizepräsidentin oder Vizepräsident 2025/2026 GR Geschäft Nr. 16/2025

Roland Wüest (SP), Präsident der Interfraktionellen Konferenz
„Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Christian Gross (SP) als 2. Vizepräsident für das Amtsjahr 2025/26 vor."

Anträge aus dem Gemeinderat
Keine

Diskussion
Keine

1. Wahlgang
Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU)
"Das Wahlverfahren ist das gleiche wie bei der Wahl des 1. Vizepräsidenten.

Ich bitte Sie auch dieses Mal, falls sie den Saal während des Auszählens verlassen, nach fünf Minuten zurückzukehren. Ich bitte die Helfer jetzt die Wahlzettel zu verteilen."

***
Gong ertönt, Sitzungsunterbruch
***

Auszählung gemäss separatem Wahlprotokoll.

Zahl der Stimmberechtigten	36
Zahl der abgegebenen Stimmzettel	36
Zahl der leer eingelegten Stimmzettel	5
Ungültige Stimmen	0
Massgebende Stimmenzahl	31
Absolutes Mehr	16

Beschluss
Christian Gross (SP) ist mit 31 Stimmen für das Amtsjahr 2025/26 zum 2. Vizepräsidenten des Gemeinderates gewählt.

Ratspräsident Christian Meyer (glp/GEU) gratuliert dem neugewählten 2. Vizepräsidenten und überreicht ihm einen Blumenstrauss. Christian Gross (SP) nimmt den Platz des 2. Vizepräsidenten ein.

7.4 Wahl drei Stimmenzählende 2025/2026 GR Geschäft Nr. 17/2025

Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU)
"Für die Wahl der Stimmenzählenden ist keine geheime Wahl vorgeschrieben. Hier kommt die allgemeine Regelung nach Art. 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu Anwendung: Wenn gleich viele oder weniger Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Präsident diese als gewählt. Falls bei einer Wahl mehr Personen vorgeschlagen werden, als Sitze zu besetzen sind, ist die Wahl gemäss Art. 71 Abs. 3 der Geschäftsordnung geheim durchzuführen. Dann gilt im ersten und zweiten Wahlgang das absolute und im dritten Wahlgang das relative Mehr."

Roland Wüest (SP), Präsident der Interfraktionellen Konferenz
„Als Stimmenzählende schlägt die Interfraktionelle Konferenz Sarah Steiner (SVP), Marco Lang (Die Mitte/EVP) sowie Stefan Angliker (FDP) vor."

Anträge aus dem Gemeinderat
Keine

Diskussion
Keine

Beschluss
Der Gemeinderatspräsident erklärt Sarah Steiner (SVP), Marco Lang (Die Mitte/EVP) sowie Stefan Angliker (FDP) als Stimmenzählende für das Amtsjahr 2025/26 gewählt.

Einwände gegen die Verhandlungsführung
Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.
Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.
Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsident Christian Meyer (glp/GEU)

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 18. August 2025 die Traktandenliste für die nächste Gemeinderatssitzung vom 1. September 2025 festlegen. Im Anschluss an diese Sitzung finden ein Apéro im Foyer und auf dem Vorplatz statt. Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit bitten wir darum, im Aussenbereich auf die Nachtruhe besonders Rücksicht zu nehmen.

Damit ist die 29. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2022-2026 geschlossen.

Schluss der Sitzung: 22:02 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Friederike Häfeli
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Christian Meyer
Gemeinderatspräsident